

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Nach dem SA-Verbot

Hitler zuvor offiziell unterrichtet? —
Umwandlung der SA-Truppen in einen freiwilligen Arbeitsdienst?

Der zaghafte Groener

Berlin, 14. April 1932.

Wie sich jetzt herausstellt, war das Braune Haus nicht nur von dem bevorstehenden Verbot bereits einen Tag zuvor unterrichtet, sondern sogar im Besitz des Wortlauts der Auflösungsverordnung. Hitler selbst machte sich sogar das Vergnügen, seinen Spott mit der Reichsregierung so weit zu treiben, daß er ein englisches Blatt instandsetzte, diese Verordnung schon zu einem Zeitpunkt zu veröffentlichen ehe sie noch unterschrieben war. Der „Vorwärts“ gebärdet sich darum äußerst entrüstet und will in dieser Tatsache „einen Akt des Verrats und der Spionage“ erblicken, der „aus dem engen Kreis der Beamten, die die Auflösungsverordnung bereits am Dienstag kannten“, geübt worden ist. Der „Vorwärts“ wird aus diesem Anlaß energisch und meint: „Es werden noch weitere Konsequenzen gezogen werden müssen.“ Das sozialdemokratische Zentralorgan stellt sich auch in diesem Falle wieder dümmel als es ist. Der angebliche mysteriöse Fall liegt in Wirklichkeit sehr einfach und bedarf kaum weiterer Aufklärungen. Hitler hat — eine andere Schlußfolgerung ist gar nicht denkbar — seine Informationen direkt aus dem Schoße der Regierung bezogen. Diese vorzeitige Verständigung ist erfolgt, damit seine Stäbe instand gesetzt waren, belastendes Material sowie die wichtigsten Ausrüstungsgegenstände beseite zu schaffen. Das ist auch geschehen. Nirgends hat die Polizei Nennenswertes gefunden. In vielen Städten — wir nennen nur Dresden und Chemnitz — waren die Heime der SA und SS sogar schon geräumt, noch ehe die Polizei eintraf. Diese Tatsachen verweisen darauf, daß die Hitlerische Privatarmee möglicherweise ihre Umstellung auf die Illegalität bereits bewerkstelligt hat.

Die Sozialdemokratie wird nicht müde, das Verbot der SA als ihr besonderes Verdienst zu beschreiben, wobei namentlich auf die Stellungnahme Preußens verwiesen wird. Diese Darstellung geht aber an dem eigentlichen Sachverhalt vorbei. Es ist wahr, daß auch Preußen wegen eines Verbotes vorstellig geworden ist, aber ebenso wahr ist, daß der Hauptstoß von Bayern aus erfolgte. Diese Feststellung wird auch vom „Berliner Tageblatt“ ausdrücklich bestätigt. Das Blatt schreibt in seiner Morgenausgabe vom 14. April wörtlich:

„Es ist unendlich töricht, wenn ein Blatt wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ihre Kritik überschreibt „Der Staat steht links“, wenn sie dem Kanzler und dem Reichspräsidenten vorwirft, daß sie sich preußischem Drucke gefügt hätten. Die Forderung nach dem Verbot der SA ist tatsächlich von einer Reihe von Ländern ausgegangen, und einige von ihnen haben für den Fall, daß die Reichsregierung nicht eingegriffen hätte, ein selbständiges Vorgehen vereinbart.

Aber die Initiative lag hier nicht etwa bei dem angeblich „roten“ Preußen, sondern bei Bayern, wo die Bayerische Volkspartei mit den Deutschnationalen zusammen regiert, bei Württemberg,

wo ebenfalls die Deutschnationalen in einer bürgerlichen Regierung sitzen, und bei Baden.

Die Vorgeschichte des Verbotes beweist also gerade das Gegenteil eines Druckes von links.“

Es ist also nichts mit den Lorbeeren, die die SPD den Braun und Severing auf den Hut stecken möchte, um deren Anziehungskraft im Wahlkampf zu erhöhen. Außerdem bleibt ja noch immer

die Frage der Verbotsdurchführung.

Durch die Notverordnung ist damit der Reichsinnen- und Wehrminister Groener beauftragt, derselbe Groener, der erst vor kurzem den Nationalsozialisten die Reihen der Reichswehr wieder geöffnet hat und immer und

Groener verordnet

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 wird hiermit verordnet:

§ 1. Soweit bei der Durchführung der Auflösung der im § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsfrist zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Uebergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2. Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, einschließlich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf S. 105 ff. der Dienstvorschrift für die SS aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärischen Zwecken der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmanns- und Musikzüge, Feldküchen, Zelte.

Berlin, den 13. April 1932.

Der Reichsminister des Innern
mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt
Groener
Reichswehrminister.

immer wieder die großen „christlichen Werte“ solcher Organisationen wie derjenigen gerühmt hat, die er nun auflösen muß. Man kann sich darum vorstellen, daß er zumindest sehr schonend gegen die Beteiligten vorgehen wird, was ja auch schon aus seiner an anderer Stelle wiedergegebenen Verordnung deutlich genug hervorgeht.

Nicht nachdrücklich genug kann aber vor jene Tendenzen gewarnt werden, die darauf hinausgehen, die der Auflösung verfallenden Organisationen etwa in eine Art freiwilligen Arbeitsdienst umzubauen. Derartige Tendenzen sind ganz offenkundig vorhanden. Sollten sie die Oberhand gewinnen — und daß gerade Groener ihnen nicht abgeneigt sein kann, ist wohl klar —, so wäre der einzige Effekt des Verbots, daß Hitler der finanziellen Sorgen, die ihm seine Privatarmee allmählich bereitet, entzogen ist, die Formationen aber in Wirklichkeit weiter beständen.

Auch Hitler-Jugend und Volkssportverein verboten

Das Verbot der SA und SS ist heute auch auf die nationalsozialistischen Organisationen „Hitlerjugend“ und „Volkssportverein Berlin“ ausgedehnt worden, weil die letztere Organisation, die seinerzeit die Öffentlichkeit durch die Übungen auf dem Truppenübungsplatz Döberitz beschäftigt hat, als eine Fortsetzung der SA von den Behörden angesehen wird. Donnerstag vormittag fanden in der Zentrale der NSDAP in der Hedemannstraße und auch an anderen Stellen Berlins wiederum polizeiliche Durchsuchungen statt, um die Räume der beiden verbotenen Organisationen zu versiegeln und gestern beschlagnahmtes Material sicherzustellen.

Klagges schaut der Auflösung zu

Braunschweig, 14. April 1932.

Im Lande Braunschweig sind keine besonderen Schritte gegen die nationalsozialistischen SA- und SS-Formationen unternommen worden. Der inzwischen von Berlin zurückgekehrte Innenminister Klagges teilte auf Anfrage mit, daß bisher kein Anlaß dazu bestanden habe. Die Polizei habe lediglich die Pflicht, zu beobachten, daß die Bestimmungen der Notverordnung über die Auflösung der Formationen durchgeführt würden. Selbstverständlich werde bei Verstößen gegen die Bestimmungen polizeilichereits für deren Durchführung gesorgt werden.

Aus der nationalsozialistischen Führerschule in Kreiensenerfarnen wir von dem Leiter der Schule, daß die SA-Leute nach ihrem Wohnsitz zurückkehren und mit den Vorbereitungen zur Abreise beschäftigt seien.

Kommunistische Jugend Bocholt tritt zum SJV über

Im Kommunistischen Jugend-Verband, in dem es ja schon jahrelang nicht recht vorwärts gehen will, zählt es zur Zeit wieder. Ueberall werden Stimmen gegen die bürokratische Einstellung der Führung laut. Immer mehr merkt die Jugend, daß man im KJV keine eigene Meinung haben darf, wenn man nicht Gefahr laufen will, ausgeschlossen zu werden. Nachdem der jetzt zur SAP übergetretene Genosse Schmitz auf eine ganz ungerechtfertigte Art aus der KP Bocholt ausgeschlossen wurde, beschloß man in der Mitgliederversammlung der KJ Bocholt einmal zum SJV Stellung zu nehmen. In der am Dienstag, den 12. d. M. stattgefundenen Versammlung sprach dann der Genosse Franz Kirschnick, Münster, über das politische Programm des SJV. Nach einer ausgiebigen Diskussion beschloß dann der KJV Bocholt einstimmig, mit seinen 15 Mitgliedern zum SJV überzutreten.

Demonstrationsfreiheit? System Severing

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern folgenden Erlaß an alle Regierungspräsidenten und Polizeibehörden gerichtet:

In Abweichung von der Bestimmung des Abs. 4 der Anordnung, betreffend das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel, vom 31. Oktober 1931 ermächtige ich die Regierungspräsidenten, für die Stadt Berlin den Polizeipräsidenten, in der Zeit vom 17. 4. 1932 bis auf weiteres auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge A u s n a h m e n z u z u l a s s e n, sofern der friedliche und ungestörte Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Orte sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren.

Soll die faschistische Diktatur kommen? Preußen — der Hort der Demokratie?

Diese brennenden Fragen der Arbeiterbewegung beantwortet die soeben erschienene Schrift:

Prolet, greif zu!

24 Seiten. Preis 15 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Literaturobleute oder direkt von der Freien Verlagsgesellschaft Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

Fiasko

Ein Nachwort zum ADGB-Krisenkongreß

„Wenn die Güter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Dieses alte Wort trifft angesichts des eintägigen Krisenkongresses auf die ADGB-Führung zu. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ den vorjährigen AGDB-Kongreß die „organisierte Hilflosigkeit“ nannte, so kann man diese AGDB-Tagung als die vollendete Unfähigkeit bezeichnen.

Gewiß, Leipart, Tarnow und Genossen wollen den heutigen Staat und die heutige Wirtschaft halten und verteidigen. Aber selbst wenn man das will, muß man seine eigene Machtposition, das bedeutet für die AGDB-Führer die freien Gewerkschaften, verteidigen und vor dem Untergang retten. Ihr Verhalten, der ganze Verlauf des Kongresses zeigt aber, daß die Leipart immer noch nicht begriffen haben, daß sich die Gewerkschaften in tödlicher Gefahr befinden; daß ganz außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Gewerkschaften vor dem Untergang, vor dem inneren Zerfall, wie auch vor dem Zerschlagen durch den Faschismus zu retten.

Niemand hat von diesem Kongreß große Taten erwartet. Trotzdem schauten Millionen auf diese Tagung. Die 7 Millionen Arbeitslosen warten darauf, daß zum mindesten der Versuch gemacht wird, ihre aussichtslose Lage, ihr grenzenloses Elend zu ändern. Die weiteren Millionen, die noch im Betrieb stehen, aber bei Kurzarbeit und Hungerlöhnen nicht viel besser dran sind, als die Arbeitslosen, erwarten endlich eine Tat, erwarten von einer Führung, daß sie ihnen den Weg zum erfolgreichen Kampf gegen immer maßlosere Unterdrückung und gegen immer neuen Lohnabbau weist.

Sie alle sind von diesem Krisenkongreß erneut aufs schwerste enttäuscht.

Die Tatsache, daß der ADGB überhaupt einen Krisenkongreß als außerordentliche Gewerkschaftstagung einberief, zeigt, daß selbst die ADGB-Führer eine Ahnung hatten, wie notwendig ein endliches Eingreifen der Gewerkschaften gegen die unerträgliche Verelendung der ganzen Arbeiterklasse ist.

Doch was hat der Kongreß gebracht? Es ist hart, aber es muß ausgesprochen werden: Nichts. Nichts, was die hungernden und verzweifelten Massen nicht vorher und ohne den Kongreß längst gewußt haben. Denn an Appellen, an Bitten und Betteln an die Regierung, sowie an allerlei schönen Vorschlägen und Arbeitsbeschaffungsplänen hat es auch bisher nicht gefehlt. Worauf die Massen in- und außerhalb der Gewerkschaften warten, das ist der Ruf zum gemeinsamen Handeln, der Ruf zur Aktion.

Warum hat das der Kongreß nicht gebracht, weshalb konnte er das gar nicht bringen?

Einmal weil es kein Kongreß der fünf Millionen Gewerkschaftsmitglieder war, weil die Mitglieder von vornherein ausgeschaltet waren und daher ihre Stimmung, ihr Wollen gar nicht zum Ausdruck kommen konnte.

Zum andern, und das ist das Entscheidende, weil dieser Kongreß, wie die ganze Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften längst nicht mehr als Massenfaktor betrachteten. Sie fürchtet die Massen und den Massenkampf wegen der politisch-revolutionären Gefahren. Weil dem so ist, sieht die ADGB-Führung — will sie überhaupt etwas tun — keinen andern Weg als immer wieder an die Hilfe der Regierung, an die Hilfe der Staatsmacht zu appellieren. Sie glaubt dazu um so mehr berechtigt zu sein, als sie doch diese Regierung, trotz aller von ihr erhaltenen Fußtritte, immer wieder tolerierte, unterstützte und rettete.

Die Brüning und Stegerwald sind und fühlen das ganz als Sachwalter des Kapitals. Sie denken nicht daran, auf die „Nöte“ der Leiparts Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, da sie deren bedingungslose Ergebenheit und deren Furcht vor den Massen und der Revolution kennen, so nützen sie diese Lage rückwärtslos gegen die reformistischen Führer aus. Es ist daher geradezu mitleidserregend, wie die ADGB-Großen immer wieder alles mögliche von der Regierung „erwarten“, wie sie erwarten, daß auch „Brüning nicht anders kann, als endlich energische Maßnahmen gegen die Verelendung der Massen zu ergreifen und den Lohnabbau einzustellen, und wie dann Stegerwald brüsk neuen Lohnabbau verkündet. Wehklagend schreibt dazu der „Vorwärts“:

„Was aber den Reichsarbeitsminister selbst betrifft, so hat man nur mit Kopfschütteln seine Auffassung von der Zukunft der Sozialversicherung und von der weiteren Wirtschaftsentwicklung vernommen. Als christlicher Gewerkschafter mochte es vor 25 Jahren hingehen, die Wirtschaftspolitik aus der Perspektive eines kleinen Handwerkers zu betrachten. Unsere Zeit des laufenden Bandes verlangt andere Erkenntnisse. Und denkt man an die zuständigen Ressortminister, den Wirtschafts- und den Finanzminister, dann wundert man sich höchstens, daß der Reichskanzler, über dessen staatsmännliche Begabung kein Streit besteht, sich noch nicht entschlossen hat, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.“

Nein, Brüning denkt nicht daran, auch nur die den Leipart, Tarnow und Genossen er-

Verlängerung der Rußland-Verträge und des Rapallo-Vertrages

Für weitere 100 Millionen Mark 5 Mark-Stücke

TU. Berlin, 14. April 1932.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstagmittag in öffentlicher Vollversammlung mit der Verlängerung des Schlichtungsabkommens und des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion. Gegen den Artikel 4 dieses Vertrages, der die Meistbegünstigungsklausel enthält, wurde von den Vertretern mehrerer Länder Stellung genommen.

Der württembergische Gesandte gab eine längere Erklärung ab, in der gesagt wird, daß Württemberg der Verlängerung des Vertrages nicht zustimmen könne, da die russische Schleuderkonkurrenz auf dem Holzmarkt die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der württembergischen Waldwirtschaft in greifbarer Nähe gerückt habe. Die württembergische Regierung könnte der Vertragsverlängerung nur dann zustimmen, wenn ausreichende Sicherungen für die Waldwirtschaft geschaffen würden.

Der Vertreter Badens erklärte, die Ausführungen des württembergischen Vertreters träfen auch für Baden zu.

Für die preußische Staatsregierung stimmte Staatssekretär Weßmann der Verlängerung der Verträge zu, weil es sich um rein politische Verträge handele. Im übrigen haben die Ausschüsse des Reichsrats ausdrücklich beschlossen, daß demnächst über die Holzfrage ausführlich beraten werden soll. Der Reichsrat stimmte dann mit Mehrheit der Verlängerung des Rapallo-Vertrages und des Schlichtungsvertrages zu.

Weiter genehmigte der Reichsrat die Ausprägung von weiteren 100 Millionen Mark in Fünfmarkstücken.

Bei dieser Gelegenheit wurde aus der Mitte des Reichsrats der Wunsch geäußert, daß die Fünfmarkstücke in Zukunft etwas kleiner geprägt werden sollen. In der jetzigen Größe und Schwere seien sie zu einer förmlichen Landplage geworden. Es wurde auf die Schweiz verwiesen, die ihre Fünfmarkstücke gleichfalls verkleinert habe.

KPO-Offenbach geschlossen zur SAP

Am Mittwoch, dem 13. April, beschloß die gesamte KPO-Gruppe Offenbach in einer überfüllten gemeinsamen KPO- und SAP-Mitgliederversammlung den geschlossenen Uebertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei.

Begründet wurde dieser Schritt in einem mit Begeisterung aufgenommenen Referat des Genossen Galm, Offenbach. Die Genossen K. Frank vom Parteivorstand und A. Portune von der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt begrüßten die Offenbacher Genossen.

Mit dem Uebertritt der Offenbacher Ortsgruppe erfährt die SAP eine erfreuliche Verstärkung. Die Gruppe zählt rund 400 Mit-

glieder, darunter einen Landtagsabgeordneten, den Genossen Galm, und zehn Stadtverordnete. Hinter ihr steht der beste, revolutionäre Teil der Offenbacher Arbeiterschaft, was am besten illustriert wird durch die Tatsache, daß die von Galm geführte Gruppe bei den letzten Wahlen in Hessen 12 000 Stimmen bekam, davon allein in Offenbach über 9000.

Wir begrüßen die Genossen in unseren Reihen und sind überzeugt, daß sie alle ihre Kräfte einsetzen, um mit uns gemeinsam die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats aufzubauen.

Nationalsozialisten überfallen Reichsbanner

TU. Hindenburg, 14. April 1932.

Wie von der Polizeipressestelle mitgeteilt wird, überfielen am Donnerstag nachmittag in Hindenburg etwa 15—18 Nationalsozialisten fünf Reichsbannerleute, die Flugblätter verteilten und mißhandelten sie mit Messern und Schlagringen und Stöcken. Zwei Reichsbannerleute trugen dabei erhebliche Kopfverletzungen davon. Unter den Angreifern erkannte man Mitglieder der aufgelösten SA.

SA-Unruhen in Chemnitz

Wie die TU. meldet, kam es im Zusammenhang mit dem SA-Verbot in Chemnitz zu Zusammenstößen. Die Polizei trieb die Menge auseinander. Einige Personen wurden verletzt. Das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen Chemnitzer Volksstimme hat die Tore fest verschlossen. Vor dem Verlagsgebäude sind starke Polizeiposten aufgestellt.

wünschten Konsequenzen zu ziehen. Trotz allen diesen Fußtritten aber, trotz allem Kopfschütteln wird man, so wirds in der angenommenen Entscheidung verlangt, wieier vorstellig bei dieser Regierung. Man toleriert weiter, ja unterstützt alle Regierungsmaßnahmen gegen die Arbeiter, wie z. B. den freiwilligen Arbeitsdienst, von dem selbst der BGB-Führer Bernhard auf dem Kongreß erklärte, daß er den Bauarbeitern die letzte Arbeit wegnehme.

Schluß mit dieser Gewerkschaftsführung, Schluß mit dieser Politik, die die Arbeiterklasse, wie die Gewerkschaften selbst in den Abgrund führt. Das ist Lehre dieses Kongresses für alle Arbeiter, insbesondere für die Gewerkschaftsmitglieder. Sie müssen in allen Gewerkschaftsversammlungen von diesen Führern Rechenschaft fordern. Kein längeres Zuwarten kann es mehr geben. Die Mitglieder müssen selbst in Aktion treten und durch unwiderstehlichen Druck von unten erzwingen, daß die Machtmittel der Gewerkschaften, die organisierte Kraft eingesetzt wird gegen alle arbeiterfeindlichen Regierungsmaßnahmen. Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau breiten Massenkampf gegen jede weitere Verschlechterung auf sozialpolitischem Gebiet, Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Nur unter dem Druck des Massenkampfes kann Kapital und Regierung zum Nachgeben gezwungen werden. Nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes kann die Wirtschaft umgeschaltet und der Kapitalismus gestürzt werden!

Sächsischer Landtag wird einberufen

TU. Dresden, 14. April 1932.

In Anbetracht der durch das Verbot der nationalsozialistischen Schutzformationen geschaffenen Lage hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion die Einberufung des sächsischen Landtags gefordert.

Kommunistischer Hungeraufmarsch verboten

TU. Dresden, 14. April 1932.

Der für Freitag, den 15. April auch für Dresden geplante „Hungeraufmarsch“ ist polizeilicherseits verboten worden.

Nationalsozialistischer Abgeordneter verhaftet

Leipzig, 14. April 1932.

Am Mittwochabend ist eine nationalsozialistische Versammlung durch die Polizei aufgelöst worden. Der Redner, der Landtagsabgeordnete Studentkowski, hat nach Mitteilung des Polizeipräsidiums den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung schwer beleidigt. Der Abgeordnete ist Donnerstag vormittag wegen der Schwere der Beleidigungen sowie wegen vorliegender Verdunkelungsgefahr unter vorläufiger Inhaftnahme der Staatsanwaltschafts zugewandt worden. Die Musikinstrumente der SA-Kapelle, die in der Versammlung anwesend waren, wurden beschlagnahmt.

Der Mörder von Burhave festgenommen

TU. Bremen, 14. April 1932.

Am Wahlsonntag war es in Burhave zu Schlägereien zwischen Reichsbannerleuten und Nazis gekommen, bei denen der Reichsbannermann Martin Pauls von einem Revolverschuß tödlich getroffen wurde. Nach einer Mitteilung der Justizpressestelle in Oldenburg ist es gelungen, des Täters in der Person des Bäckergehilfen Helms aus Weiden habhaft zu werden. Er behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben.

Brüning nach Genf abgereist

Berlin, 14. April 1932.

Das Reichskabinett setzte heute nachmittag seine Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die außenpolitischen Fragen fort.

Der Kanzler verließ nach Abschluß der Beratungen heute nachmittag Berlin und begab sich nach Genf.

Die Beschlüsse der Komintang

TU. Nanking, 13. April 1932.

Die Parteitagung der Kuomintang in Lojang nahm am Mittwoch eine Entscheidung an, in der die Politik der Partei gebilligt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Die große Mehrheit lehnte den Vorschlag der Opposition ab, die Regierung umzubilden und erklärte sich für Einberufung der Nationalversammlung. Es wurde beschlossen, daß die Nationalversammlung spätestens am 10. Oktober 1932 in Nanking eröffnet werden soll. In dieser Versammlung sollen alle Volkskreise vertreten sein, mit Ausnahme der kommunistischen Partei. Ferner wurden folgende Vorschläge zur Reorganisation des chinesischen Staatwesens gemacht:

1. Sämtliche Provinzarmeen werden aufgelöst. An ihre Stelle tritt eine nationale Armee.
2. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Provinzen wird eine Nationalgarde gebildet.
3. Die Kosten für die Aufrechterhaltung der nationalen Armee tragen nicht die Provinzregierungen, sondern die Zentralregierung.
4. Die Kosten für die Nationalgarde tragen die Provinzen.
5. Die Befehlshaber der Nationalgarde haben nicht die Befugnisse, selbständig Waffen zu kaufen, und sind verpflichtet, die Befehle der Zentralregierung auszuführen.
6. Es soll ein unabhängiges Gericht gebildet werden; die Militärbehörden haben kein Recht, in die Jurisprudenz einzugreifen.
7. Sämtliche ungleichen Verträge mit den Großmächten sollen aufgehoben werden.
8. Die Militärdienstpflicht soll schrittweise eingeführt werden.
9. Besondere Gesetze sollen die Redefreiheit regeln.

200 Chinesen durch Bomben ermordet

Mukden, 14. April 1932.

Das Oberkommando der japanischen Armee teilt mit, daß 27 Flugzeuge am Mittwoch die chinesischen „Banden“, die an dem Anschlag auf den japanischen Eisenbahnzug teilgenommen haben, östlich von Charbin mehrere Stunden mit Bomben belegt haben. Nach bisherigen Feststellungen wurden über 200 Chinesen getötet.

General Ma gegen Mandchureiregierung

Peiping (Peking), 14. April 1932.

Der chinesische Aufstand gegen die japanfreundliche Regierung des neuen Mandchureistaates hat einen großen Fortschritt dadurch gemacht, daß General Ma die Unabhängigkeit der Heilungkiang-Provinz erklärt hat. Ma hat bekanntlich Tsitsikar seinerzeit gegen die Japaner verteidigt, und wurde später, als er zu den Japanern überging, als Verräter gebrandmarkt.

Widermal Gotteslästerung

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts III fand am Donnerstag die Berufungsverhandlung in dem Gotteslästerungsprozeß Pogede statt. Pogede war bekanntlich am 10. Dezember 1931 zu der ungeheuerlichen Strafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er als angeblicher Leiter der Ausstellung „Kultur und Presse“ in den Pharos-Sälen „geduldet“ hat, daß in der Koje des „Verbandes proletarischer Freidenker“ Bilder ausgestellt wurden, die geeignet waren, die Gefühle der „Kirchgläubiger“ zu beleidigen. Es handelt sich um einige ausgezeichnete russische Plakate, die allgemein politisch-kämpferischen Charakter hatten, sowie um einige Bilder, die den Klassencharakter der Kirche behandeln, aber niemals rohe Beschimpfungen kirchlicher Einrichtungen im Sinne des Gotteslästerungsparagraphen darstellen können. Die Themen, wie z. B. „Schrecken des Krieges“ und die „Kirche verhöhnt die Erwerbslosen“ sprechen für die Tendenz der Aussteller. Die Verhandlung, die von Landgerichtsdirektor Ohnesorge geleitet wurde, bot das Bild einer Wiederholung der Ausstellung im verkleinerten Stile. Bilder, Plakate usw. verzierten auf ungewöhnliche Weise den Verhandlungssaal. Am ersten Verhandlungstage erhielt die Anklage einen schweren Stoß, die Zeugen bekundeten ausnahmslos, daß die Ausstellung kollektiv verwaltet wurde und daß von der führenden Stellung Pogedes außer dem Staatsanwalt niemand etwas wußte. Der Verteidiger, Rudolf Olden, der bekannte Publizist, stellte durch geschickte Fragen fest, daß bei fast allen Beteiligten die einzelnen Ausstellungsgegenstände nicht so im Gedächtnis verankert waren, wie es z. B. dem Pogede von der Anklage unterstellt wird. Die Verhandlung mußte auf Sonnabend vertagt werden.

50 Mark täglich zu verdienen Von Esweis

„50 Mark täglich zu verdienen“ — so liest man häufig in den „kleinen Anzeigen“ der Blätter von Hugenberg bis Ullstein, dicht bei den Inseraten der diversen Massagesalons. Der Platz ist gut gewählt; denn da gehören diese Stellenangebote hin.

Soll es einen nicht stutzig machen, in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Not solche Versprechungen zu lesen in einer Zeit, wo der Großteil der Menschen nicht weiß, wo er das Brot für den nächsten Tag hernehmen soll, wo Menschen, die arbeiten können und wollen, verzweifeln und den Freitod wählen, weil sie auch rein gar nichts mehr verdienen können? Sollten diese Menschen, sollten wir alle nicht einmal 50 Mark am Tag verdienen wollen?

Ich glaube ja, und ich versuchte es. Was ich da aber sah, war grauenvoll und ein Skandal.

Fünf Inserate schnitt ich heraus und ging auf die Arbeitssuche.

Die erste Firma hatte ihr Büro im Westen. Feudale Aufmachung, livrierter Boy, eleganter Empfangssalon. „Also, junger Mann, ich komme auf Ihr Inserat...“ Moment mal, der Herr Generaldirektor wird Sie gleich empfangen. Und er empfing mich. Zwar war der Herr General bestimmt nicht älter als 20 Jahre, aber er konnte reden, und der Suada war der beste Diskussionsredner nicht gewachsen. Er pries mir die hervorragenden Eigenschaften des von seiner Gesellschaft hergestellten Bohnerapparates, der auf Abzahlung 95 Mark kosten sollte, Provision 12 Mark, gab mir dann eine individuelle Verkaufsschulung, und die war so, daß ich empfehlen möchte, irgendein Staatsanwalt, der gerade mal Zeit hat, hörte sich das da an; er würde seine helle Freude haben. Da wurde mir unter anderem erklärt, die Unterschrift zu erlangen, sei alles, und wie man das mache, sei jedes Mittel recht. Man müsse versuchen, erst in die Wohnung hereinzukommen und dann reden, so reden, daß die Leute nicht erst zur Besinnung kommen, und sich auch gar nicht erst den Vertrag, der auf dem Bestellschein aufgedruckt ist, durchlesen. Am besten wäre es, man

treffe die Frau allein an, denn die Frauen wären doch nicht so gewitzt wie die Männer und würden leichter alles unterschreiben. Man könne ja auch erzählen, wenn sie nachher nicht abnehmen wollen, wäre es auch nicht so schlimm. Immer wieder Hauptsache: die Unterschrift. Zur Abnahme zwingen würde schon die Gesellschaft. Nachdem der Herr Generaldirektor mir das sehr heftig ans Herz gelegt hatte, durfte ich 10 Mark Kaution hinterlegen und eben Anstellungsvertrag unterschreiben, aus dem nur einer schlau werden konnte, der 30 Jahre am Reichsgericht tätig war.

Und es glug los. Das Fazit des ersten Tages war: Müdigkeit bis zum Umfallen, 1,20 Mark Spesen und Abnutzung der Stiefelsohlen. Hereingekommen war ich in keine Wohnung. Aber ich wollte es noch einmal versuchen und lief am nächsten Tage wieder bis zum Spätnachmittag. Und der Erfolg: Ich kam nach langem Hängen und Würgen wenigstens in eine Wohnung rein und flog dann, ohne etwas zu verkaufen, heraus.

Da verzweifelte ich, begab mich ins Büro und wollte meine 10 Mark wieder haben und aufhören. Aufhören durfte ich. Bloß meine 10 Mark bekam ich nicht wieder. Der Herr General erklärte trotz aller meiner Beteuerungen, der Apparat wäre abgenutzt und beschädigt, zeigte mir einen Passus, in dem von mir unterschriebenen Vertrag, der verdammt klein geschrieben war, wonach ich dieses Geld als Aufwandsentschädigung zu betrachten hätte, und schmiß mich raus. Vor meiner Drohung mit dem Gericht hatte er wirklich keine Angst. Er schien das gewohnt zu sein.

Ich ging nun mit der Erkenntnis, daß zwar nicht der arme Arbeitssuchende auch nur ein paar Pfennige am Tage dort verdienen kann, aber der Herr Generaldirektor wirklich 50 Mark am Tage verdient, wenn sich nur fünf Dumme wie ich finden.

Die zweite Firma, bei der ich mich vorstellte, versprach außer hohem Verdienst noch täglichen Spesenzuschuß und Monatsgehalt und Adressen von festen Interessenten. Was

war mit diesen hochtrabenden Versprechungen? Man sollte einen Massageapparat für über 100 Mark auf Abzahlung verkaufen und müßte erst 16 Stück im Monat umsetzen, dann bekäme man Gehalt und alles andere. Denn man müßte doch erst beweisen, daß man das Geld wert wäre. In der Verkaufsschulung wurde mir noch als Spezialtrick erklärt, ich sollte den Leuten immer ins Gesicht behaupten sie wären krank, und dieser Apparat allein bringe Heilung. Also so ziemlich das Geheime, was man machen könnte, um irgend jemandem solch ein Ding aufzuhängen.

Ich bekam dann noch fünf Adressen von festen Interessenten, die solch starkes Interesse hatten, daß ich nirgends reinkam.

Fazit: wieder Unkosten und kein Verdienst.

Die dritte Firma, bei der ich mich vorstellte, war eine Wäschefirma, die Gesundheitswäsche auf Abzahlung verkaufen wollte. Die Wäsche wäre aus indischer Wolle hergestellt und mit Röntgenstrahlen behandelt. Ob die Wolle aus Indien stammte, weiß ich nicht. Das einzige, was ich merkte, war, daß die fünfmal so teuer war wie im feinsten Spezialgeschäft. Auch hier hörte ich: Hauptsache die Unterschrift, alles andere machen wir. Die Verkaufsanweisungen waren hier genau so schmutzig wie in allen anderen Fällen.

Die beiden letzten Firmen, die ich noch besuchte, waren immer dasselbe; bloß wollte die eine Bücher, die andere Hörschalen verkaufen.

Es ist eine bodenlose Gewissenlosigkeit, armen Arbeitslosen die letzten Pfennige für solche Versuche aus der Tasche zu locken und ihnen Illusionen von hohem Verdienst vorzugähkeln, die sich nie und nimmer verwirklichen und den Arbeitssuchenden immer mehr in der Depression bestärken, daß er nach langer Arbeitslosigkeit nicht mehr zu Arbeit taugt.

Können sich die Behörden auch einmal nicht um diesen Krebschaden kümmern? Sie kümmern sich um vieles, was weniger wichtig ist!

Chemikalien. Andererseits wird aber gehofft, daß sich die dreckige Aschenschicht als wertvolles Düngemittel für die Kulturen auswirkt. Durch die dicke Aschenschicht sehen Garten, Weinberge und Baumkulturen wie tief verschneite Landschaften aus. In Buenos Aires benutzen die Hausfrauen die Asche zum Putzen ihrer Kochtöpfe. Die Biologen schätzen, daß sich die ganze Asche, die während der Ausbrüche niedergefallen ist, auf mehrere Millionen Tonnen beläuft. Selbst in Patagonien und auf der Insel Juan Fernando fiel dichter Aschene Regen. Auch aus dem brasilianischen Staat Rio Grande do Sul wird eine Aschenschicht von fünf Zentimeter Höhe gemeldet. Der vielfach unterbrochene Eisenbahnverkehr konnte wieder aufgenommen werden, erleidet jedoch große Verpütungen. In vielen Orten hat während sechzig Stunden ununterbrochen Licht gebrannt.

Hochwasser bei Bromberg

Bromberg, 14. April 1932.

Die Weichsel führt zur Zeit außerordentliches Frühjahrshochwasser, das in der Bromberger Niederung acht Ortschaften überschwemmt hat, und zwar die Dörfer Otterow, Langenau, Palzh, Losken, Niederstreffitz, Schloß Kamp, Kleinkampe und Großkampe. Die Dörfer sind größtenteils von deutschen Bauern bewohnt. Sie sind durch die jetzige Überschwemmung in eine um so größere Not geraten, als bereits im Herbst eine große Überschwemmung die Winterzeit vernichtete, und deshalb die Felder zum zweiten Male bestellt werden mußten. Jetzt werden sie eine dritte Feldbestellung vornehmen müssen; hierzu fehlt es aber an Saatgut. Kredite bekommen die deutschen Bauern aber nur unter außerordentlichen Erschwerungen.

Sechs Tote bei einem Großfeuer

New York, 14. April 1932.

Bei einem Großfeuer in einer dicht bevölkerten Arbeitergegend im Osten New Yorks kamen sechs Personen, darunter eine Mutter mit ihren vier Kindern, in den Flammen um.

Verdienter Tod

Konitz, 14. April 1932.

In seiner Wohnung wurde der Kriegsinvalid Wroszynski tot aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß er am Vorabend bei einer Kneiperei sechs Liter Schnaps getrunken hatte. Alkoholvergiftung dürfte daher die Todesursache sein.

Erwerbslos...

Gladbach-Rheydt, 14. April 1932.

Im Stadtteil Giesenkirchen hat ein erwerbsloser, etwa 60jähriger Arbeiter seinen achtjährigen Sohn und dann sich selbst erschossen. Die Tat ist auf unglückliche Familienverhältnisse (?) zurückzuführen. Die Frau hat sich vor einiger Zeit aus dem Fenster ihrer Wohnung auf die Straße gestürzt, wobei sie lebensgefährliche Verletzungen davontrug.

Prozeß um ein Ordenskleid

Vor dem Breslauer Landgericht stand kürzlich ein merkwürdiger Zivilprozeß zur Verhandlung. Der Orden der „Barmherzigen Brüder“ verklagte einen Frater, der 1925 bei ihnen eingetreten war, auf Herausgabe des Ordenskleides. Der Frater hatte bei seiner Aufnahme seinen Vater, der Mauer war, von sich aus zum Geheimen Rat ernannt. Diese Verfehlung wurde ihm zum Verhängnis und zog seinen Ausschuß aus dem Orden nach sich. Der Ausgeschlossene weigerte sich, das priesterliche Gewand auszuziehen, und rief wegen seines Ausschlusses den Vatikan an. Der Orden aber erzielte vor Gericht eine vorläufige Entscheidung auf Herausgabe des Gewandes. Inzwischen hatten die Ordensbrüder bei einer Breslauer Firma 350 Mk. hinterlegt, damit sich der ehemalige Bruder neu einkleiden könne.

Wie man sieht, bringen die katholischen Orden ihren Sittenanschauungen erhebliche Opfer, denn es hätte doch gewiß großes Aergeris erregt, wenn der Frater im Adamskostüm herumspaziert wäre.

Ein Wunder der Chemie

Das amtliche italienische Pressebüro Stefani meldet aus der Stadt Andria in der Provinz Bari im Bezirk Barletta: Am Karfreitag war die Kathedrale von Gläubigen überfüllt, die sich unter der Leitung des kirchlichen Würdenträgers Msgr. Palic aus Rom, des Bischofs von Andria und zahlreicher anderer Würdenträger und Politiker zu Gebet und Andacht versammelt hatten. Um 16,20 Uhr nachmittags beginnen plötzlich die Blutstropfen auf dem Dorne der Dornenkrone Christi, der in der Kathedrale als kostbare Reliquie aufgebahrt wird, ihre ursprüngliche rote Farbe anzunehmen und ihr frisches Aussehen zu bekommen und zu bluten.

Unschuldig zwei Mal zum Tode verurteilt

B. S. Frankfurt a. M., 14. April 1932.

Vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. steht in diesen Tagen die Entscheidung über ein Todesurteil an, das unmittelbar nach seiner Fällung vor 5½ Jahren nicht nur im Rheinland, wo es ausgesprochen wurde, sondern auch in weiteren Kreisen außerordentlich stark umstritten war. Es handelt sich um den

Fall des jetzt 35jährigen Händlers Jakob Hoppen aus Breitscheid im Westerwald, der vom Schwurgericht in Neuwied am Rhein am 27. Oktober 1926 wegen doppelten Raubmordes zweimal zum Tode verurteilt wurde. Das Preußische Staatsministerium wandelte diese Strafe in lebenslängliches Zuchthaus um, worauf Hoppen der Strafanstalt Rheinbach bei Bonn zugeführt wurde.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Hoppen hatte folgende Vorgeschichte: Am 9. Juli 1919 führen der Betriebsleiter Theodor Protzer und der Hilfsinspektor Anton Billandelle von Duisburg durch das Siegerland nach dem Westerwald, der damals zu der amerikanischen Besatzungszone gehörte. Nachgewiesenermaßen wollten sie Autoreifen, die in jener Zeit im unbesetzten Gebiet sehr rar waren, schmuggeln, nachdem sie solche Geschäfte schon einige Male mit Erfolg durchgeführt hatten. Von dieser Reise sind nun die beiden Duisburger nicht zurückgekommen.

Vier Wochen später, am 2. August 1919, fand man auf dem sogenannten Schieberpfad vom Rahmsberg nach der Nescher-Mühle die ausgeraubte Leiche des Protzer, dem eine Kugel die Schlagader zerrissen hatte. In unmittelbarer Nähe der Leiche lag die Hülse eines Browning-Geschosses mit deutlich erkennbarem amerikanischen Ursprungsstempel. Die stark verwesene Leiche des Billandelle wurde erst nach weiteren zwei Monaten, nämlich am 6. Oktober 1919 von Fußgängern in der fraglichen Gegend entdeckt. Nach dem Urteil der Sachverständigen war er in bestialischer Weise mit einem Infanteriespaten erschlagen worden, außerdem wies der Körper zahlreiche Stiche

auf, die nach dem Befund von einem Seitengewehr herrühren mußten. Von den erheblichen Geldmitteln in Höhe von etwa 5000 M., die die beiden Schmuggler mitgenommen hatten, fand man bei der Leiche Billandelles nur eine Silbermark.

Die beiden waren zuletzt Freitag, den 11. Juli 1919, auf dem Rahmsberg gesehen worden, wo sie Wegearbeiter nach dem Schieberpfad und der Nescher-Mühle gefragt hatten. Bald darauf hörten die Arbeiter aus der erwähnten Richtung einen Schuß und einen Schrei. Kurze Zeit vorher hatte ein Bauernmädchen

einen in der ganzen Gegend als brutal gefürchteten Sergeanten namens Smeddy,

der zu den im Koblenzer Brückenkopf liegenden „Marines“ von der 2. Division des Generals Lejeune gehörte, den Weg zum Schieberpfad einschlagen sehen. Weiter wurde festgestellt, daß Sergeant Smeddy bei der wenige Tage später stattfindenden Neustädter Kirmes mehrfach versucht hatte, blutbesudelte 50-Markscheine in Bündeln zu wechseln. Kurz nach der Auffindung der zweiten Leiche kehrte Smeddy mit seinem Truppenteil nach Amerika zurück, und mit ihm verschwand ein gewisser Kassel aus Rosbach, von dem bekannt war, daß er Smeddy den Handel mit amerikanischen Gummireifen an deutsche Schmuggler vermittelte. Die Ermittlungen der deutschen Behörden, die nach dem Abzug der amerikanischen Marines sehr schwierig waren, blieben erfolglos.

Sieben Jahre nach der Tat wurde von einem Einwohner des Ortes Breitscheid gegen den Händler Hoppen, mit dem Betreffende verfeindet gewesen sein soll, die Anzeige erstattet, daß er der Mörder der beiden Duisburger Händler sei. Hoppen beteuerte seine Unschuld und behauptete, er habe an dem fraglichen Tage in amerikanischer Haft gesessen.

Alle Versuche, ihn im Laufe der Untersuchung zu einem Geständnis zu bewegen, blieben erfolglos, bis auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ihm

ein damaliger Kriminalassistent M., der

jetzt Kriminalkommissar in Berlin ist, als „Strafgefangener Holzmüller“ in die Zelle gelegt

wurde und nach mehrwöchiger gemeinsamer Haft meldete M. dem Untersuchungsrichter, Hoppen habe ihm die Bluttat an den Händlern eingestanden.

Obwohl H. die Richtigkeit dieser Behauptung entschieden bestritt, hat

der Kriminalbeamte seine Aussage später in der Hauptverhandlung beschworen, und auf Grund dieser Bekundungen sowie einer Reihe sonstiger Indizien wurde Hoppen zweimal zum Tode verurteilt.

Seit seiner Ueberführung in die Strafanstalt hat der Verurteilte die Wiederaufnahme seines Prozesses betrieben, jedoch zunächst ohne Erfolg. Schließlich gelang es seinem Verteidiger, einen Zeugen ausfindig zu machen, der sich der Tatsache entsann, daß

Hoppen an dem betreffenden Tage, nämlich den 11. Juli 1919 tatsächlich in amerikanischer Haft

gewesen sei. Daraufhin erklärte die Neuwieder Strafkammer im September v. Js. die Wiederaufnahme des Verfahrens für zulässig, lehnte aber dann den entsprechenden Antrag der Verteidigung im vorigen Monat ab. Gegen diesen Beschluß haben die Verteidiger Hoppens Beschwerde beim Oberlandesgericht in Frankfurt erhoben, weil sie einmal das angebliche Geständnis gegenüber dem Kriminalbeamten für unrichtig halten und außerdem der Ueberzeugung sind, daß der wahre Mörder der amerikanische Sergeant Smeddy ist, nach dessen Verbleib Ermittlungen über das deutsche Generalkonsulat in New York eingeleitet worden sind. In der Zwischenzeit sind sowohl seitens damaliger Sachverständiger des Prozesses wie auch allgemein aus Juristenkreisen des Rheinlandes schwere Bedenken gegen die Richtigkeit des doppelten Todesurteils gegen Hoppen geltend gemacht worden.

Nach den Vulkanausbrüchen

London, 14. April 1932

Die Tätigkeit der Vulkane in den Anden hat beinahe ganz aufgehört. Der Ascheneigen hat ebenfalls nachgelassen, und die Luft ist wieder klar. Man befürchtet eine Schädigung des Viehs durch die in der Asche enthaltenen

Von W. Richter: Wilhelm Busch zu seinem 100. Geburtstag am 15. April

Wenn es nach der Volkstümlichkeit gehen soll, dann muß Wilhelm Busch, dessen hundertsten Geburtstag wir heute feiern, unter den deutschen „Klassikern“ noch vor Goethe und Schiller rangieren. Gibt es ein Kind in Deutschland, das „Max und Moritz“ nicht kennt, einen Erwachsenen, der sich nicht über die „Promme Helene“, „Balduin Bahlmann“, den verblödeten Dichterling, „Kuno Klecksel“, der das Hungern für die Kunst mit dem nahrhafteren Gewerbe eines Münchener Schankwirts vertauscht und so seinen Frieden mit der Kleinbürgerwelt macht, den Musterspieler „Tobias Knop“ und all die anderen Kleinstadttypen krumm und schief gelacht hat? Von seinen vornehmeren Bourgeoisatheten hat Wilhelm Busch sich freilich manch verächtliches Nasenröpfchen zugezogen, weil er im Stil der Volksbilderbogen und Knittelverse Kunst machen wollte, doch hat das seiner Beliebtheit nicht geschadet und bei ihm selbst nur ein grimmiges Lächeln hervorgerufen.

Und dennoch — den wirklichen Wilhelm Busch kennen die wenigsten seiner Bewunderer. Der Stammtischphilister, der Buschs Pointen auf alle möglichen unpassenden oder auch passenden Situationen anwendet, der sich an Buschs „goldigem Humor“ erfreut, ahnt nicht, daß dieser Humor seine sehr ernste Seite hat. Busch war wie fast alle großen Humoristen der Weltliteratur Pessimist. Das kann der Spieler nicht begreifen, weil er den Humoristen mit dem Maßstab der Elle mißt, in ihm nicht mehr sieht als den Hanswurst, den Spaßmacher. Von der Kritik an den bestehenden Zuständen, der Anklage gegen die Gesellschaftsordnung spürt er nichts. Von Buschs unauslöschlichem Haß gegen kirchlich heuchlerische Frömmerei merkt er nichts, auch wenn er noch so oft zitiert: „Ich warne Dich als Mensch und Christ, o hüte Dich vor allem Bösen, es macht Pläsier, wenn man es ist, es macht Verdruß, wenn mans gewesen.“ Er ahnt nicht, daß bei dem berühmten Durchfallexamen, bei dem über jede Antwort des Kandidaten Kobes ein bedeutendes Schütteln des Kopfes vor sich geht, nicht der verbummelte Jobs der Narr ist, sondern das hochwürdige Kollegium der schwäbischen Kirchengelahrten. Er sieht nicht, daß Buschs Helden ursprünglich Rebellen sind, die er an der Misere der deutschen Kleinwelt — Kleinbürger, Kleinstadt, Kleinstaat — zugrundegehen läßt, indem sie entweder ihren Frieden mit der Umwelt machen, oder als Außenseiter verpfotet werden.

Wilhelm Busch sah nur die Ausweglosigkeit des einzelnen innerhalb des Froschleichts der



Kleinstadt und des Dorfes; der Fall liegt hoffnungslos, sagte er sich — wurde Humorist. Daß noch bei seinen Lebzeiten (er starb am 8. Januar 1908) durch den Einzug der großen Industrie und der Arbeiterbewegung die versteinerten deutschen Zustände in Bewegung gerieten, erkannte er nicht und konnte er auch kaum erkennen, weil die Revolution eine Bismarcksche war, d. h. von oben kam und die Busch so verhaßten Mächte unangestastet blieben. Immerhin hat er zum Sozialistengesetz gesagt: „Es ist arg; das Recht ist halb und die Gerechtigkeit ganz auf ihrer

Seite“, und sein „Pater Filucius“ ist bei allem Jesuitenhäß doch keine Hymne auf Bismarcks Gewaltregime. Das Bürgertum hat Busch in die Kinderstube verbannt, wohl es die unbequemen Humoristen von jeher abgeschoben hat, wo Don Quichotte und Gulliver seit Jahrzehnten stehen. Als warnendes Beispiel für alle, die da glauben, man könne als einzelner ohne Verbindung mit einer großen geschichtlichen Bewegung gegen die Zustände seiner Zeit angehen.

der Großbetrieb. Da aber der Großbetrieb am schwersten an der Krise leide zusammengebrochen sei und von Schulden erdrückt werde...

Man kann jetzt wieder von vorne anfangen. Aber an einem Trost soll es uns nicht fehlen: der Herr Professor, der sicherlich ein Wirtschaftsführer ist, sagte zum Schluß, daß die Landwirtschaft trotz alledem ein Beruf sei, der mehr Aussichten habe, als die meisten sonstigen deutschen Berufe.

Hochverehrter Herr Professor! Vielleicht haben nicht nur Ihre Hörer, sondern auch Sie selbst gemerkt, daß sich Ihre Weisheit im Kreise rum dreht. Lassen Sie sich... wie sag' ich's meinem Kinde... doch darüber aufklären, wie das revolutionäre Agrarprogramm aussieht, das einen, vielmehr den Ausweg aus diesem Zauberkreis zeigt. Es sind schon etliche Menschenalter seit Marx und Engels verflossen, aber unsere hochgelahrten Herren haben noch immer die einfachsten Grundbegriffe der Wirtschaftslehre nicht gelesen. Aber gerade dafür werden sie ja bezahlt! J. Schöffmann.

Kleines Feuilleton

Der schweigsame Busch

Eines Tages gab eine große deutsche Stadt zu Ehren Wilhelm Busch' ein Bankett. Zahllose Ansprachen wurden gehalten, man feierte den Schriftsteller überschwänglich und Busch hörte sich dies alles gelaassen an. Endlich, gegen Schluß der Festlichkeit, wandte sich der Oberbürgermeister dem Ehrengast zu und flüsterte ihm ins Ohr: „Verehrter Meister, dürfen wir nicht auf einige Worte von ihnen hoffen?“ Busch war die ganze Angelegenheit sichtlich peinlich, aber er ergab sich in sein Geschick. Er schlug an sein Glas, erhob sich, und sofort herrschte vollkommene Stille. Man hing an den Lippen des Gefeierten, als dieser ausrief: „Ober, noch ein Helles!“ Darauf setzte sich Busch wieder bescheiden auf seinen Platz.

„Meister-Photo“-Ausstellung in Berlin

Um der Regierung, den gesetzgebenden Körperschaften und auch der großen deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, bis zu welcher kulturellen Bedeutung die Photographie in unserer Zeit gediehen ist, haben sich große Photographen- und Amateur-Photographenvereine entschlossen, in der Zeit vom 16. April bis 1. Mai im Hause der Juryfreien in Berlin eine Ausstellung „Das Meister-Photo“ zu veranstalten, in der die neuesten Errungenschaften der deutschen photographischen Kunst erörtert werden sollen.

Keilschriftfunde in Palästina

Die letzten Ausgrabungen in Palästina und Aegypten haben neue Beiträge für die hebräische Frühgeschichte zutage gefördert. Vor allem in Tel-el-Amarna hat man mehrere sehr interessante Keilschriftbriefe ägyptischer Gouverneure in Palästina aufgefunden, worin der Pharaon um Truppen gegen einen aufsässigen Stamm gebeten wird. Es handelt sich bei diesem Stamme um die „Habiru“, die — wie schon frühere Vermutungen besagten — mit den Hebräern identisch sind.

Die Autounfälle

in den Vereinigten Staaten 1931

Wie aus den unlängst veröffentlichten Berichten der amerikanischen Automobilindustrie hervorgeht, sind im vergangenen Jahr mehr als 34 000 Menschen durch Autounfälle ums Leben gekommen. Diese Zahl ist nur um 3000 geringer als diejenige der amerikanischen Soldaten, welche im Weltkrieg den Tod auf den europäischen Schlachtfeldern fanden.



Circulus vitiosus der deutschen Wirtschaft

Auszug aus dem Rundfunkvortrag des Herrn Prof. Zörner auf der Deutschen Welle über die deutsche Landwirtschaft.

Am schlimmsten habe unter der Krise der Großgrundbesitz gelitten. Die Kleinwirtschaft habe sich als lebensfähiger erwiesen. Daher solle man durch Siedlung die Rettung herbeiführen.

Allerdings sei für die Zukunft zu bedenken, daß für die Kleinwirtschaft — also auch für die Siedler — nur in der Veredelungswirtschaft (Viehzucht) das Heil und die Widerstandskraft liege.

Für die Veredelungswirtschaft bestehen aber trübe Aussichten, und zwar aus folgenden Gründen.

1. Die deutsche Wirtschaft müsse sich unbedingt auf Selbstversorgung (Autarkie) umstellen. Daher müssen die Bodenfrüchte mehr Absatz bekommen als die Veredelungsprodukte, schon weil die Kaufkraft der Industriebevölkerung weiter abnehmen werde.
2. Die Futtermittel für den Viehzüchter werden weiter im Preise steigen.
3. Da durch die steigende Arbeitslosigkeit die Großbetriebe immer billigere Arbeitskräfte

bekommen werden, falle für die Kleinwirtschaft der Vorteil der billigen Arbeitskräfte der Familienangehörigen immer mehr weg.

Da die Kleinwirtschaft in Zukunft wenig Aussichten habe, auf der Grundlage ihrer Ueberlegenheit in der Veredelungswirtschaft lebensfähig zu bleiben und da sie bei der Getreideherstellung gegenüber dem Großbetrieb ins Hintertreffen gerate, so könnte man ihr die Hackfrüchterezeugung empfehlen.

Aber damit habe es erst recht einen Haken. Deutschland leidet an Kartoffelüberfluß und fürchterlichen Preisstürzen bei halbwegs guten Ernten. Bleibt die Zuckerrübenerezeugung. Leider sei es da so gut wie hoffnungslos wegen der überaus scharfen Kontingentierung.

Trumpf sei also doch wiederum eine Wirtschaft, die äußerst anpassungsfähig ist, d. h.



Nach dem russischen Original ungekürzt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm. Copyright by Franz Pleinert Berlin Wilmersdorf.

24. Fortsetzung.

VI
Fünf Tage saß Sudin einsam. Niemand heuchte ihn, keiner kam zu ihm. Manchmal schien es ihm, daß man ihn im nervösen Hasten des Alltags und im Lärm des Bürgerkrieges ganz vergessen hatte. Irgendwo, vielleicht ganz in der Nähe, von einem Dorf zum anderen, bald angründend, bald zurückflutend, jagten Generale in staubigen Uniformen mit vergoldeten Litzen. Jemand hetzt durch Felder von Horizont zu Horizont, sich naiv hinter durchsichtige Sträucher versteckend oder sich flach auf die Erde werfend vor unsichtbaren Pfeilen, einer liegt tot hingestreckt mit zusammengezogenen Knien und verkrampten knotteden Fingern.

Zeitungen bekam Sudin nicht. Täglich brachte man ihm das Essen, das er meistens nicht anrührte. Er wurde schmal und blaß; seine Wangen und seine Augen sahen greisenhaft eingefallen aus. Er verfiel in ein ganz ungewohntes Leben; er zog sich nie aus, schlief ein, wie es sich gerade traf, und wachte ebenso zufällig auf, er wußte beim Erwachen nicht, ob es früher Morgen oder später Abend. Dann ging er zum Fenster und orientierte sich, wenn die Sonne schien, nach dem Licht über die Tagesszeit. Betrachtete teilnahmslos die gelben Häuschen oder die matten Lichter in ihren

Fenstern. Auf dem niedrigen breiten Fensterbrett sitzend, konnte er, wenn er den Blick tief senkte, ein Stückchen Garten im Hofe erspähen mit beschnittenen schwarzen Zweigen grauer Pappeln, kleine verblichene Wiesen, krauses verfaultes Gras vom Vorjahr und trockene Blätter. Den Garten umgrenzte eine gelbe Steinmauer, an der entlang unter den Fenstern ein Posten mit Gewehr auf und ab ging. Ihn, Sudin, hat man wohl ganz und gar vergessen. Manchmal versuchte er, aus der anderen Welt etwas zu erlauschen. Einmal, als seine Türe geöffnet würde, vernahm er durch den Korridor dumpfen Lärm, der wie ein Wellenschlag war.

„Eine Sowjetsitzung“, sagte das Dienstmädchen, das ihm Abendbrot hineinbrachte, „in der Stadt sind Krawalle, man fordert die Erhöhung der Rationen und droht mit Streik.“

Sudin seufzte schwer auf.

Am fünften Tag, abends, als gerade das elektrische Licht aufflammte, öffnete sich plötzlich die Tür und Schustry in seiner Windjoppe stürzte herein und rief laut: „Kommen Sie!“ Sie gingen, begleitet von Posten, durch den Korridor in ein naheliegendes Zimmer hinein, wo bereits an einem Tische einige Menschen saßen; Sudin kannte sie alle längst, deren Gesichter jetzt wie mit Ernst gepudert aussahen. Ein alter Parteiarbeiter Tkatschew, den Sudin persönlich wenig kannte, den er aber früher öfters auf Kongressen getroffen hatte, fiel ihm zuerst in die Augen durch seine ruhige und ehrwürdige Gestalt, ähnelnd dem Vorleser einer ländlichen Kirche, mit sichtbarem Stolz trug er einen breiten gepflegten Hängebart, der ihm Brust und Bauch bedeckte. Tkatschew erhob zu dem Hereintretenden seinen ruhigen Blick und senkte ihn weise wieder. Auf der anderen Seite des Tisches saß der alte

Freund Sudins, der Metallreher Wassja Schtscheglow. Der hatte ein richtiges Vogelgesicht, klein, stutznasig, mit einem weichen Schopf weißer Haare; auf dem dünnen langen Hals bewegte sich ein Adamsapfel. An der Mitte des Tisches zwischen diesen beiden saß er, der furchtbare Genosse Stepan. Seine lange Nase stöherte gleichsam ewig in der Luft herum, seine Wangen waren tief ausgehöhlt bis unter die Augen, ein schiefes Keilchen des spärlichen Bärtchens und nur wenige Haare am Kopfe vervollständigten das Bild. In allen drei schweigsamen Sitzenden war etwas Unheilverkündendes. Nur einer, ein junger und farbloser Mensch, ein Sekretär, der über Bogen gebeugt saß, entwürdigte die mystische Heiligkeit des Rates der Weisen durch prosaisches Rascheln mit dem Papier.

Sudin wollte zuerst seinen Genossen die Hand zur Begrüßung reichen, doch überlegte er sofort, daß man es als eine Einschmeichelei deuten könnte, und er nickte nur verlegen und nahm ungeschickt Platz auf dem Stuhl, auf den ihn Blicke verwiesen. Auf die andere schmale Seite des Tisches, ihm gegenüber, setzte sich, das Portefeuille laut auf den Tisch legend, der kriegerische Schustry.

Ohne jemand anzusehen, fuhr Stepan fort, auf einem Bogen Papier Vignetten zu zeichnen, Schtscheglow gab sich Mühe, sein tragisch verlegenes Lächeln vom Gesicht zu entfernen, als freude er sich, seinen alten Freund Sudin wieder zu treffen und als habe er gleichzeitig Angst vor der sich nähernden Verantwortung für eines Befreundeten Schicksal. Stepan hörte schließlich mit dem Zeichnen auf und wandte die Augen zu Schustry, um sie, während er sprach, nicht mehr von ihm abzuwenden. Schtscheglow dagegen sprang immer verlegener und schüchterner mit seinen knabenhaften

Blicken hin und her von Schustry zu Sudin, und nur Tkatschew schaute unbeweglich wie eine Buddhastatue auf den Tisch.

„Die vorliegende Sache, Genossen“, begann Schustry, sich malezisch auf dem Platze wiegend mit vernichtenden Blicken gegen Sudin, „ist keine gewöhnliche in der Praxis unserer Partei und in unserem revolutionären Kampfe.“ Er hielt in den Händen mehrere Bogen beschriebenen Papiers, die er von Zeit zu Zeit umwandte, sich tief über sie beugend, dann bohrte er wieder mit dem pechschwarzen Feuer seiner überzeugten Augen bald Stepan, bald Sudin. Seine Stimme schallte und klang in den leeren Ecken des Zimmers, wie in der Wüste ein Glöckchen.

„Vor uns sitzt hier kein durchschnittliches Parteilmitglied, kein unerfahrener Jüngling, sondern einer der ältesten Parteiarbeiter, ein alter Revolutionär“ — dehnt Schustry die Worte — „und dieser Held ist im verantwortungsvollsten Moment der Revolution so tief gesunken, daß er, stehend auf dem wichtigsten Posten der Sowjets und der Partei, als welcher der Posten des Vorsitzenden der Gouvernementscheka ist, aus schmutzigen und habgierigen Motiven das Vertrauen der Arbeiterklasse betrogen hat, daß er den ihm anvertrauten Apparat des wachsamen Auges der proletarischen Diktatur korrumpiert und demoralisiert hat; er hat als erster seinen Untergebenen das räuberische Beispiel von Bestechlichkeit, Liederlichkeit und Trunksucht gegeben, er hat sich mit würdigen Mitarbeitern aus der Agentur unserer schlimmsten konterrevolutionären Feinde umgeben. Noch vieles aus der Tätigkeit des Bürgers Sudin konnte die Untersuchung nicht aufdecken, aber auch das, was sie aufgedeckt hat, genügt, daß ihr mit eurem gerechten revolutionären Urteil nicht länger zögert.“

Auf Vorposten

Der Beginn des Landtagswahlkampfes in Pommern

Die Reichspräsidentenwahl ist vorüber. Gelang es, die Massen für den ersten Wahlkampf auf das höchste zu aktivieren, so gelang es doch nicht, die Aktivität bis zum zweiten Wahlgang zu erhalten. Und schon beginnt ein neuer Wahlkampf. Die Preußenwahl steht vor der Tür, und unsere junge Partei soll die Feuertaufe bestehen. Jeder Funktionär, jeder Parteimitglied steht auf seinem Platz, arbeitet von früh bis spät und leistet sein Bestes in unermüdlicher Kleinarbeit. Keine Parade, wie jedes Mitglied ein Funktionär, ist nötig, die Genossen zur Mitarbeit zu bewegen; es brauchen keine Freiwilligen gesucht werden, wie es in der SPD der Fall ist. — Jeder arbeitet selbstständig und selbstverständlich, oft mit einem Idealismus, wie er vielleicht nur zur Zeit des Sozialistengesetzes in der Bewegung bestanden hat. Denn die Genossen arbeiten nicht nur, sie bringen ihre letzten Pfennige als Pulver für den Wahlkampf. Sie wissen, daß die Partei arm ist, daß ihr von keiner Seite Unterstützungen zufließen, daß sie keine Geldmittel bekommt von Großindustriellen, wie die demagogische Auch-„Arbeiter“-partei. Und deswegen liefert einer das Geld ab, das er zur Anschaffung eines Buches benötigte, ein anderer bringt drei Mark, welche er als Spesen zu einer Bezirkskonferenz seiner Gewerkschaft von dieser erhalten hat. Für Flugblätter, sagt er. Er hat den ganzen Tag keinen Pfennig verzehrt, hat sein mitgekommenes Brot trocken verzehrt. — aber das erzählt er nicht, das ist selbstverständlich. Dabei ist er arbeitslos, wie die meisten von uns. Endlos läßt sich die Reihe fortsetzen, denn es sind keine Ausnahmefälle. Erwähnenswert ist noch ein Fall in der Nachbarortgruppe, die eine Versammlungsstelle hatte, nicht an mangelndem Besuch, sondern durch die Zahlungsunfähigkeit der Arbeiterschaft, — da brachten Genossen ihre Wohlfahrtsunterstützung zum Ortsgruppenleiter, damit die Ortsgruppe keine Schulden habe. — Oft wünschen wir, daß die ewig Indifferenten das miterleben und so von unseren Genossen beschämt würden. Aber sie würden so etwas wohl kaum verstehen. Wohl aber jene, die indifferent geworden sind, weil sie den Glauben verloren haben.

Und diese zu gewinnen, ist unsere Aufgabe im jetzigen Wahlkampf.

Die hauptsächlichste Kleinarbeit im Wahlkampf ist bekanntlich das Flugblattverteilen. Eine Arbeit, die meistens verkannt wird. „Man braucht ja nur jedem, der vorbeikommt, eins in die Hand zu drücken.“ Und darum gibt man diese Arbeit meistens den jüngsten und ungeschultesten Genossen. „Denn da gehört ja weiter nichts dazu.“ — Eine grundfalsche Einstellung. Denn man hat Gelegenheit, die Einstellung und die Stimmung der Menschen in sehr vielen Fällen festzustellen und kann durch Gespräche die Agitation wirksamer gestalten, Irrtümer aufklären usw. — Darum wird bei uns jedem Jugendgenossen beim Flugblattverteilen ein Parteigenosse beigegeben, der im gegebenen Fall in die Bresche springt.

Ich stehe mit unserm Gerhard, einem Genossen aus dem SVV, vor der Tür des Arbeitsamtes. Die Wohlfahrtserwerblosen stempeln. Vielen von ihnen sieht man an, daß sie früher einmal bessere Tage gesehen haben; kaufmännische Angestellte kommen, die früher gut bezahlte Stellen besaßen. Sie sind groß geworden in kleinbürgerlichen Ideologien und finden nicht den Weg zum Klassenkampf. Heute sind sie völlig verelendet. Aber auch mancher Arbeiter ist resigniert. Skeptiker sind sie fast alle geworden. Und wir stehen nicht wie Mumien. Wir reden und reden. Gleich anfangs gehts los. Ich gebe einem abseits mit dem Rade stehenden Genossen, mit dem ich in der roten Sporteinheit zusammen war, ein Flugblatt. Er liest nur SAP, schon hat er eine „mucksche“ Miene und schimpft los: „Was soll nu der Dreck. Immer neue Zersplitterung!“ — Ich drehe mich wieder ruhig um: „Nicht zersplittern wollen wir, sondern Neuaufbau!“ — „Indem ihr eine neue Partei neuauft. Als wenn nicht bei zwei schon eine zuviel wäre. Ich versteh' nicht, daß du sowas mitmachst!“ — Das erste war Hohn, das letzte ein Vorwurf. — „Jawohl, ich mache das mit, weil es keine andere Möglichkeit mehr gibt, die Arbeiterschaft auf einer Plattform zu vereinigen. Sie kennen kein Klasseninteresse mehr, sondern nur noch ein Interesse an ihrem Apparat, an ihrer Bürokratie. Und die das nicht mitmachen, die wurden aus der SPD rausgefuehrt und in der KPD kaltgestellt. Und um uns und allen andern, die zwischen den beiden Parteien heimatlos geworden waren, wieder inen Halt zu geben, waren wir gezwungen, die Partei zu gründen!“ — „Aber ihr seid doch der 2. Internationale angegeschlossen, dann arbeitet ihr doch weiter in dem Sumpf!“ — „Wer hat dir das erzählt?“ — „Na, welcher Internationale gehört ihr denn an?“ — „Noch keiner.“ — „Dann macht ihr also eine Politik auf nationaler Grundlage?“ — „Unsere internationale Solidarität können wir uns auch ohne Resolutionen und schriftliche Erklärungen bewahren. Hat die 2. Internationale den Weltkrieg verhütet? Haben sich unsere Arbeiter im großen englischen Bergarbeiterstreik mit denen solidarisch erklärt? — Wir wenden uns aber mit aller Schärfe gegen einen Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union, und nicht nur mit Worten, sondern im Ernstfalle auch in der Tat!“ — Und schließlich verspricht er, zu unserm nächsten Diskussionsabend zu kommen und sich Zeitungen von der Ortsgruppenleitung zu holen, um sich näher zu informieren. — Und weiter kommen sie, nicht nur Skeptiker und Indifferenten, auch Parteifanatiker. Einige Halbstarke, mit

dem Abzeichen des kommunistischen Kampfbandes, verlangen großschönig von Gerhard einen Zettel. Ein Reichsbannermann kommt mit dem Abzeichen der „Eisernen“, „Roßfrei, Richard!“ Er macht ein wütendes Gesicht. „Ach, entschuldige, ich hab' mich versprochen. Holzfrei wollt' ich sagen. Das ist auf holzfreiem Papier gedruckt.“ Er liest. „Ihr werdet auch bald wieder mit uns vereint sein, mit dem großen Haufen.“ meint er dann. — „Vereint mit euch, ja, aber in der SAP!“ „Meinst du bloß wir Arbeiter, oder auch die Bonzen?“ — „Die Bonzen auch. Dann können die bei uns Flugblätter verteilen!“ — Da geht er. Auch Funktionäre anderer Parteien kommen. „Du bis zu unserer Versammlung besonders eingeladen. Eine halbe Stunde Redezeit gewähren wir dir.“ — Der Kreisleiter der SPD kommt. „Wann beginnt ihr mit der Landtagitation?“ — „Du könntest mich doch eigentlich immer gleich als Diskussionsredner auf dem Sozium mitnehmen“, äppelt er. Er grinst. „Aber besser ist, wenn du gleich für uns agitierst. Sag den Leuten, daß die SPD doch nur Koalitionen eingeht, Konkordate abschließt und nebenbei toleriert, und daß es entschieden richtiger ist, wenn sie SAP wählen.“ Und

Duisburg

Die Kulturreaktion auf dem Vormarsch! Der dissidentische Lehrer Hohmann von der weltlichen Schule in Duisburg-Beckerwerth wurde abgebaut. An seiner Stelle wurde ein katholischer Lehrer aus Düsseldorf eingesetzt. Dieser erklärte, daß er selbstverständlich nicht auf dem Boden der weltlichen Schule steht und gegen seinen Willen nach Beckerwerth versetzt worden sei. Die Eltern der Kinder der weltlichen Schule legen schärfsten Protest gegen diesen Schritt ein und ersuchen die zuständigen Behörden um sofortige Zurücknahme der Verfügung. Sie verlangen Wiedereinstellung des dissidentischen Lehrers Hohmann. In der Elternversammlung wurde eine entsprechende Resolution angenommen. — Der Schulstreik hat bereits eingesetzt und wird so lange dauern, bis man die Forderung der freien Elternschaft auf Abberufung des konfessionellen Lehrers Mertens und Wiedereinstellung des dissidentischen Lehrers Hohmann erfüllt hat.

Osnabrück

Max Seydewitz wurde mit Begeisterung begrüßt. Obgleich Genosse Seydewitz mit großer Heiserkeit zu kämpfen hatte, verfehlten seine sachlichen und klaren Ausführungen ihre Wirkung nicht; sein Referat wurde mit Begeisterung aufgenommen, oft genug von heftigen Beifallskundgebungen unterbrochen. Zur Diskussion meldete sich zunächst nur Genosse Ludwig Landwehr von der KPD, der anfangs zwar sehr richtig feststellte, die SPD habe scheinbar ihren Schwerpunkt nach Bramsche verlegt, weil dort die ganze SPD-Prominenz war, während sich hier kein SPD-Führer blicken lasse. Dann beschäftigte sich Landwehr mit der Entwicklung der SAP, die seit ihrer Gründung konsequent nach links gehe. Er versuchte dann krampfhaft einige gedankliche Konstruktionen, um zu beweisen, daß die SAP Wegbereiter der Reaktion sei, womit er aber selbst auf seine eigenen Parteigenossen keinen Eindruck machen konnte. Nachdem er dann die Kampfweise der „Freien Presse“ mit ziemlich viel Ironie gekennzeichnet hatte, meldete sich endlich Genosse Burgdorf, der Redakteur, bekannt als Ilex, der Märtyrer der „Eisernen Front“, zum Wort. Seine Ausführungen riefen den schärfsten Widerspruch der Versammlung hervor. Selbst als er meinte, unser Genosse Seydewitz habe mit seinem Referat eine Rechtfertigung seines schlechten Gewissens versucht, fand er keinen Beifall bei seinen eigenen Genossen. Und als er sagte, er habe aus den Ausführungen Seydewitz nichts Positives entdecken können, da antwortete ihm das Gelächter der ganzen Versammlung. Ihn fertigte Max Seydewitz glänzend ab, wobei er den stürmischen Beifall der ganzen Versammlung erhielt. Das unglückliche Auftreten Burgdorfs vermehrte unsern Erfolg beträchtlich. Die SPD täte besser daran, ihre Politik durch andere als durch Burgdorf verteidigen zu lassen. Nachdem Burgdorf sich in seinem Bericht über diese Versammlung in den Spalten der „Freien Presse“ selbst auffällig als Diskussionsredner lobte, da sogar von einem Erfolge seines Auftretens schrieb, ist manchem Leser der „Freien Presse“ ein Licht aufgegangen über die Wahrheitsliebe der „Freien Presse“, wenn sie über die SAP schreibt.

Bramsche

Die SPD-Bürokratie hatte Angst davor, daß die Bramscher Arbeiterschaft, die an die „Eiserne Front“ als die alleinige Rettung glaubt, Max Seydewitz hören und sich von ihm überzeugen lassen würde. Sie fand kein besseres Mittel, die Proleten von der ersten öffentlichen SAP-Versammlung in Bramsche abzuhalten, als zu erklären, Seydewitz käme nicht nach Bramsche. Das zeigt die ganze klägliche und hilflose Haltung der SPD gegen das, was wir den Arbeitern zu sagen haben. Trotz dieser mit viel Eifer herumgebrachten Lügennachricht war aber der große Rehmansche Saal voll besetzt. Ueber 300 Bramscher Arbeiter wollten Max Seydewitz hören. Nachdem mit Verspätung die Versammlung eröffnet und vom Versammlungsleiter erklärt wurde, Max Seydewitz würde infolge unvorhergesehener Umstände mit Verspätung erscheinen, versuchte die „Eiserne Front“ die Versammlung zu sprengen. Dazu waren eigens der SPD-Reichstagsabgeordnete Hünlich aus Wilhelmshaven-Rüstringen, der Unterbezirkssekretär Niedergesäß, der Unterbezirks-

zwischen durch kommen wieder andere, mit milden Gesichtern. Sie sehen auf das Blatt und werfen es in den Rinnstein. „Es hat ja alles keinen Zweck mehr“, meinen einige. Und ich möchte laut schreien: „Verzeifelt doch nicht, Leute! Der Sieg muß ja unser sein, die Entwicklung läßt sich hemmen, aber nicht aufhalten, und daß diese alte morsche Welt einer neuen und gerechten weichen muß, ist ein ehernes Gesetz!“

Und dann schließlich bin ich auch resigniert, als ich nach Hause gehe. Ich treffe einen Genossen, der mit uns sympathisiert, der von der Bonzokratie abhängig ist, täglich ihre Wirtschaft sieht, es aber ehrlich meint mit der Arbeiterschaft. Er merkt mir die Verstimmung an, und ich mache meinem Herzen Luft. „Deswegen nicht die Flinte ins Korn werfen“, meint er. „Tun wir noch lange nicht!“ Und dann erzählt er, wie man überall die Entwicklung unserer jungen Partei mit Spannung verfolgt, welches Vertrauen auch die Landarbeiterschaft zu uns hat, und daß der Erfolg unserer Arbeit nicht ausbleiben kann. Und mit frischer Kraft sehe ich den Diskussionen am Abend und der Arbeit des nächsten Tages entgegen. Michaels.

vorsitzende Hardieck und der Ortsvorsitzende Wilmann aus Osnabrück erschienen. Wir waren jedoch schon vorher auf die Stürmungs- und Sprengungsabsichten der „Eisernen“ aufmerksam gemacht worden, so daß trotz heftigen Tobens der „Eisernen“ die Versammlung einen ruhigen Verlauf nahm. Der die Versammlung leitende Genosse hatte eingangs besonders betont, daß wir ja alle Genossen einer Klasse seien. Als selbst die SPD-Arbeiter von ihren lärmenden Führern Ruhe verlangten, war jeder weitere Stürmungsversuch erstickt. Max Seydewitz forderte besonders die anwesenden SPD-Prominenten auf, einmal zu sagen, wann sie einmal wirklich für ihre Forderungen, die Lasten der Krise von der Arbeiterklasse abzuwälzen auf die herrschende Klasse, gekämpft haben, welche Mittel sie angewandt haben, um die Krise zugunsten der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Der Reichstagsabgeordnete Hünlich hatte kein Wort für diese Fragen; er sprach vielmehr von der Rettung der Demokratie, von der „Eisernen Front“. Er sagte kein Wort gegen die SAP, sondern zog vor allem über die KPD her. Genosse Ludwig Landwehr von der KPD, der eigens zur Seydewitzversammlung von Osnabrück gekommen war, konnte den Argumenten des Genossen Seydewitz nichts entgegenstellen; er übte scharfe Kritik an der Politik der SPD. Seydewitz stellte in seinem Schlußwort fest, daß keiner der Diskussionsredner auf seine Ausführungen, besonders aber auf seine Fragen und seine Kritik an der SPD als auch an der KPD-Politik eingegangen sei. In Bramsche wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet, der sofort 15 Genossen, zum Teil sehr rührige Funktionäre, beitraten.

Elmshorn

„Sie werden radikal.“ Auf der letzten Sitzung der städtischen Kollegien stand u. a. die Instandsetzung verschiedener Wege und Straßen durch freiwilligen Arbeitsdienst auf der Tagesordnung. Auf dieser Sitzung mußte man erleben, daß die SPD auch einmal radikal reden kann. Der Hauptredner der SPD, dem sonst das Faktieren mit dem Bürgertum überhaupt nicht genug werden kann, fand scharfe Worte gegen den freiwilligen Arbeitsdienst. Selbst der „schwarz-rot-goldene Staatspartei“ Grimm gab ganz hämisch seine Verwunderung über das Verhalten der SPD zum Ausdruck (es geht doch wieder zur Preußenwahl!). Ganz besonderer Befürworter dieser Arbeitervorslavung war der „linke“ Radikaldemokrat Paulsen, sowie sein ebenso würdiger Fraktionskollege, der Schönredner Schulz. Wir dachten immer, das waren so vorzügliche Koalitionsgenossen im republikanischen Magistrat? Daß die Herren Bürger dafür waren, ist verständlich, daß die Arbeitervorteiler dagegen auftraten, ist selbstverständlich. Unverständlich ist nur, daß die SPD-Fraktion ein Doppelspiel treibt. Sind der freiwillige Arbeitsdienst, die Arbeitsdienstpflicht, die Pflichtarbeit usw. nicht Früchte der Brüning-Regierung, die die „Eisernen“ doch verteidigen? Ist ein Mitglied der SPD-Stadtvorordneten schon einmal gegen diese Politik der Parteileitung aufgetreten? Zum andern will man doch Machtpositionen in Preußen haben? Wie ist es damit bestellt? Weiß man in Elmshorn immer noch nicht, daß bei Ausführung der Notverordnungen Preußen immer die Spitze hielt? Es ist ein Doppelspiel, das die SPD-Fraktion in Elmshorn treibt, wenn man sich hier in radikalen Worten überschlägt, während man auf der anderen Seite im Reich und in Preußen diese Arbeitervorslavung duldet, ja sie sogar unterstützt und verteidigt. Die Auswirkungen der Veräterpolitik der SPD-Bonzokratie, die die kleinen Funktionäre zum Schaden der Arbeiterschaft leider noch immer decken, kommt immer deutlicher zum Ausdruck. Arbeiter, wacht endlich auf! Am 24. April muß abgerechnet werden. Wählt die Liste 18, die Liste der revolutionären Arbeiter!

Die zweite öffentliche Preußenwählerversammlung der SAP findet Dienstag, 19. April, 20 Uhr im „Klosterhof“ statt. Es sprechen die Genossen Busch-Hamburg vom Bezirksvorstand und G. Seeler-Altona, Landtagskandidat. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Genossen, sorgt für guten Besuch!

Pinneberg

Eine öffentliche Wählerversammlung der SAP findet Sonnabend, 16. April, 20 Uhr im Lokale Rechter, Elmshorner Straße statt.

Thema: „Arbeiterfront gegen Kapitalismus und Faschismus.“ Referenten: Bezirksleiter Willi Elner-Hamburg und Landtagskandidat Otto Muhr-Elmshorn. Eintritt 20 und 10 Pf.

Dessau

Das Volksblatt speckt Gift und Galle. Die Einrechnung unserer Liste zum anhaltischen Landtag hat bei der SPD wie ein Blitz aus hellem Himmel einge schlagen. In Nummer 84 des Volksblattes vom 11. April ist man der Meinung, daß unser zweiter Kandidat, Genosse Seeger-Zerbst, nur wegen des Namens aufgestellt sei, so daß M. d. R. Seeger-Dessau bei der Arbeiterschaft einen guten Namen habe. Im übrigen redet man von unbeherrschbaren SAP-Leuten, die nur Zersplitterung treiben. Nun, dieses Volksblatt und verachtete SPD, wenn eure Liste noch von einem Arbeiter gewählt wird, dann ist das nicht unsere Schuld. Ihr habt bis zur 17. Stelle keinen Arbeiter, alles Parteiober-sonstige Beamte. Und dann: „Glaubt jemand, daß ich diesen Klub alter Herren wähle?“ Das sagen nicht wir, sondern, der dies sagte war ein sehr hoher Funktionär von euch in Bernburg. Und der Mann hat es nur wie es bei ihm der Neid. Wir wollen da Urteil über ein ere Liste der anhaltischen Arbeiterschaft überlassen. Und wenn Stimmen zersplittert werden, dann ist es eure Schuld, nicht die unsere. Ihr handelt nach dem Rezept: „Haltet den Dieb!“ Unseren Genossen aber macht es die Handlungsweise der SPD zur Pflicht, mit verstärkter Kraft an die Wahlarbeit zu gehen, um der Arbeiterklasse begreiflich zu machen, daß alles Liste 9 wählt.

Deltitzsch

Zum zweiten Präsidentschaftswahlkampf. Im Kreise Deltitzsch gewannen Hindenburg 849, Hitler 3948 Stimmen, Duesterberg zählte im letzten Wahlgang 3924 Stimmen. Zieht man die Duesterberg-Stimmen von den Hitler- und Hindenburg-Gewinn ab, so bleiben noch 873 Stimmen übrig, die zweifellos aus den 2146 Stimmen herrühren, die die KPD im Kreise Deltitzsch verloren hat. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in Deltitzsch-Ort, wie auch im Kreise ein Teil der Duesterberg-Wähler Stimmenthaltung geübt hat, so daß damit die Zahl der KPD-Wähler, die für Hitler stimmten, noch größer wird. In Deltitzsch-Ort zeigt dasselbe Beispiel einen Gewinn der Hindenburg-Stimmen um 242, der Hitler-Stimmen um 664, einen Verlust der Thälmann-Stimmen um 657. Da Duesterberg 721 Stimmen im ersten Wahlgang hatte, haben auch in Deltitzsch annähernd 2—300 kommunistische Wähler für Hitler gestimmt. In Eilenburg tritt das noch stärker in Erscheinung, da dort Hindenburg einen Verlust von 113 Stimmen zu verzeichnen hat und Duesterberg vorher 546 Stimmen bekommen hatte. Selbst ausschlaggebende Arbeitergemeinden wie Glesien, Gollma, Zschortau, Radefeld, aber auch die Stadt Landsberg zeigen ein ungeheures Wachstum der faschistischen Stimmen an. In Landsberg war noch im ersten Wahlgang die KPD mit 467 gegenüber 353 Hitler-Stimmen die stärkste Partei. Diesmal erhielt Hitler 448 gegenüber 404 Stimmen der KPD. Ganz abgesehen von der allgemein ungünstigen Lage für Thälmann wäre bei einer richtigen Einheitsfronttaktik der KPD die Niederlage unterblieben bzw. nur ein ganz geringer Stimmenrückgang eingetreten, der etwa dem Rückgang der Wahlbeteiligung entsprachen hätte. Die Unterbezirkleitung der KPD wurde jedoch von ihren Instanzen gezwungen (genau so wie anderswo), gerade die SAP, die sich für die Thälmann-Wahl eingesetzt hatte, als schärfsten Gegner zu betrachten, den man bekämpfen muß. Zum anderen aber wurde im „Klassenkampf“ durch einen Artikel des Reichstagsabgeordneten Ulbricht den Arbeitern auseinandergesetzt, daß Hitler gar nicht so gefährlich wie Brüning und Severing sei, im Gegenteil, besonders der letztere sei der größte Feind. Kein Wunder, daß dann ein großer Teil KPD-Anhänger ihre Stimme Hitler gegeben haben.

Hoffentlich überlegen sich die Mitglieder der KPD einmal nüchtern an Hand des Wahlergebnisses, wo die Ursachen für diese Niederlage zu suchen sind und lassen sich nicht mehr mit einer Renegatenhetze und völlig unhaltbaren Perspektiven einer unfähigen Führung abfüttern.

Plauen

Die Verluste der Vomag betragen, wie jetzt bekannt wird, 2,167 Mill. M. Das Stammkapital soll nunmehr im Verhältnis von 40:1 und das Vorzugskapital im Verhältnis von 20:1 auf zusammen 225 000 M. (vorher 8,1 Mill. Mark) und dann unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre auf 1,6 Mill. Mark erhöht werden.

Schulgelderlaß für Schüler und Schülerinnen der städtischen höheren Schulen. Gesuche von Erziehungspflichtigen sind bis spätestens zum 30. April 1932 bei den Direktionen einzureichen. Die zu verwendenden Vordrucke können dort entnommen werden.

Kirchberg (Sa.)

Herr Dr. Wegner, wir erinnern Sie an Ihre Worte: „Ihr roten Mordschweine!“ In der Nr. 84 der „Kirchberger Zeitung“ veröffentlicht Wegner sein erstes Manuskript zu einem Wildwestfilm. Er nimmt an, Kirchberger Kommunisten und Reichsbannerleute hätten seine Anhänger überfallen und am Schlusse seines Entwurfes fordert Wegner Beseitigung des Straßenterrors. Arbeiter von Kirchberg und Umgebung, laßt euch nicht von einem Arzt seiner Art provozieren, möge er auch schreien, es dauert nicht mehr lange, und in Unter- göltzsch haben sie einen neuen Ortsgruppenleiter.

Sportschau der SAZ

Eintracht und Adler im Serienkampf Hochbetrieb am Sonntag

Nach dem völlig unberechtigten Spielverbot des Vorkampfs herrscht am kommenden Sonntag wieder voller Betrieb auf den Sportplätzen. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf das eigentlich viel zu früh in der Serie stattfindende Zusammentreffen zwischen Eintracht-Reinickendorf und Adler 08 in der Scharnweberstraße. Eintracht will seinen guten Ruf als Kreismeister befestigen, und Adler will die Wiederholung der Niederlage in der Entscheidung verhindern. Da zwischen beiden Vereinen auch in diesem Jahre die Entscheidung um die Kreismeisterschaft fallen dürfte, dürfte es einen außerordentlich spannenden Kampf geben.

Im 3. Bezirk führt das wichtigste Spiel des Tages Spandau 25 und Nowawes zusammen. Vorläufig ist Butal noch Favorit des Bezirks und das Spiel wird entscheiden, wer den Anschluss an die Spitze behalten wird.

Die Havelgruppe hat ihr Ereignis in dem Spiel Rathenow-Süd-Brandenburg. Brandenburg kämpft um die Spitze. Die Paarungen in der Elbgruppe führen so gleichwertige Gegner zusammen, daß der Sieger kaum lange vor dem Schlußpfiff feststehen wird.

Wir geben nachfolgendes Programm:

1. Bezirk. Gruppe A.

1. Mannschaft (Eintracht) - Friedersdorf-Oberspreewitz (Eintracht) - Eiche-Bismarck (Storkow) - BSV 31 gegen Erholungshaus (Bezirk). 2. Mannschaft (Eintracht) - Alt-Stahnsdorf-Oberspreewitz (Zuwick) - Eiche-Bismarck (Storkow) - Eiche-Kop (BSV) - Erholungshaus (Bezirk) - Dörschütz-Storkow (Friedersdorf)

Gruppe B.

1. Mannschaft (Eintracht) - Normanna-Wacker (Mayen) - Kölln-Heide-Eiche-König (Rätz) - Hoppelgarten (Herzfelde) - BSV 13 (Wesensee) - Kegel (Merzin) - Lichtenberg II - Liebig (Liegert) - 2. Mannschaft (Eintracht) - Normanna-Wacker (Mayen) - Kölln-Heide-Eiche-König (Rätz) - Hoppelgarten (Herzfelde) - BSV 13 (Wesensee) - Kegel (Merzin) - Lichtenberg II - Liebig (Liegert)

Gruppe C.

Normanna 3 - Kanisdorf (Potsdam) - Normanna 1 gegen Lichtenberg 1 (Wacker 80)

2. Bezirk. Gruppe A.

1. Mannschaft (Eintracht) - Saxonia - Weidensee (Hollnischel) - Vorwärts - Pankow - Hansa (Gatzow) - Eintracht - Adler (Malina) - Pr. 1. SpV. - Blankenburger gegen Zehdenick (Toral, Saxonia) - 2. Mannschaft (Eintracht) - Saxonia 2 - Wandorf 1 (Blankenburger) - Pankow gegen Hansa (Ratzlow) - Eintracht - Adler (Pferle, Vorwärts) - Blankenburger - Buch (Radatz) - Weidensee - Pr. Scholle 1 - Vorwärts 2 (Hofke, Adler)

Gruppe Uckermark.

Milkenberg 2 - Tempin 1 (Zehdenick) - Mariendorf gegen Tempin 2 (Zehdenick)

3. Bezirk. 1. Klasse.

Abtlg. Berlin: Werder-Butal (Nowawes) - Staaken-Eintracht (Butal) - Elstal-Potsdam (Staaken) - Spandau 25 - Nowawes (Gadow) - Abtlg. Havel: Eintracht-Reinickendorf (Reinickendorf) - Brandenburg-Süd (Nowawes) - Schöneberg-Ketzin (Freiheit) - Freiheit gegen Kirchmöser (Süd) - Abtlg. Elbe: Pritzwalk-Havelberger (Wittenberge) - Neurrupin-Kyritz (Wittstock) - Wittenberge-Wittstock (Pferleberg)

2. Klasse.

Abtlg. A Berlin: Werder-Potsdam (Potsdam) - Staaken-Eintracht (Elstal) - Elstal-Potsdam (Ketzin) - Spandau 25 - Nowawes (Charl.) - Abtlg. B Berlin: Drezwitz-Gadow (Werder) - Dallgow-Charlitz (Staaken) - Caputh-Ketzin (Potsdam)

Pflichtspiele.

Butal III - Potsdam III (Gadow) - Abtlg. Havel: Athenischer-Jeseritz (Kirchmöser) - Brandenburg-Süd (Friedel) - Scholle - Ketzin (Freiheit) - Freiheit-Kirchmöser (Süd)

Pflichtspiele.

Trechwitz-Neizen (Grewitz) - Abtlg. Elbe: Pritzwalk-Havelberg (Wittenberge) - Neurrupin-Kyritz (Wittstock) - Wittenberge-Wittstock (Pferleberg)

4. Bezirk. 1. Mannschaft.

Abtlg. A: Wilmersdorf-Luckenwalde 1 (Zedler, Friedenau) - Fehlow-Minerva 2 (Müller, Friedenau) - Irbhlin-Hertha (Struck, Luckenw. 1. II) - Abtlg. B: Wilmersdorf-Fr. Stunde (Heymann, Hertha) - Luckenw. II - Fichte (F. Niendorf, L. F. D.) - Friedenau-ZDA (Janoske, Minerva) - Abtlg. C: Berlin XII-Luckenwalde V (Gensche, Schöneberg) - 12 Uhr: ASV-Neukölln - Britz 88 (Fabisch, Wilmersdorf) - Abtlg. D: Dahme-Kuhlsdorf (Schulze, Luckenw. 1. II)

2. Mannschaft.

Abtlg. A: Wilmersdorf-Luckenwalde 1 3 (Kruser, Teitow) - Fehlow-Minerva 2 (ASV, Neukölln) - Trebbin - Hertha (Rasack, Ruhlsdorf) - Abtlg. B: Wilmersdorf - Fr. Stunde (Finkewitz, L. F. D., Luckenwalde II) - Fichte (Frische, Luckenw. 1. V. I.) - Abtlg. C: ASV-Neukölln - Britz 88 (Minerva 28) - Minerva III - Luckenwalde V (Vogel, Schöneberg) - 16 Uhr - Abtlg. D: Dahme-Niemitz (Gausel)

3. Mannschaften.

ASV-Neukölln-Britz 88 (Gausel) - Klausdorf 1 - Schöneberg (Sperenberg) - 15 Uhr

Gesellschaftsspiele.

Asyl 1 - Grammsdorf 1 (Schwedow) - Ebneth - Platz Neuköllner Stadion

Jugend.

Abtlg. A: Brandenburg-Minerva (Gausel) - 14 Uhr: Eintracht I - Lichtenberg I (Hansa) - 13 Uhr - Abtlg. B: Normanna-Lichtenberg I - 2 (Lichtenberg, II) - 10 Uhr: Wilmersdorf-Eintracht (Schöneberg) - 11 Uhr

Gesellschaftsspiele.

Hansa-Lichtenberg (Eintracht) - III (bei Ammenseen auf)

Gruppenfest in Dallgow b. Spandau.

Staaken-Nowawes (Serienfinale) - Drezwitz - Vv. Wdd. (Gesellschaftsspiel) - anstehend: Elstal-Adler II (Schiller) - anstehend. Die Anwesenheiten und den Treffpunkt teilt der Jugendleiter des 3. Bez. den Vereinen mit.

Schüler.

Hansa-Zossen (Potsdam, Saxonia) - 13 Uhr: Potsdam-Spandau (Gausel) - 14 Uhr: Pankow-Nowawes (Adler) - 11 Uhr: Minerva-Cladow (ASV, Neukölln) - 11 Uhr: Caputh-Adler 1 (Gausel) - 11 Uhr

1. Mal: Zossen - Minerva

Anfang: Männer 10.00, 2. Männer 14.15, 3. Männer 12.30, Jugend 10.00 Uhr

Hockey am Sonntag

Das Hockey-Programm bringt in dieser Woche einige interessante Werbe- und Freundschaftsspiele. Am Sonntag treffen sich die guten Mannschaften von Tennis-Rot und dem Athletik-Sportklub in der Laskerstraße. Das um 16.30 Uhr beginnende Spiel dürfte ein allgemeines großes Interesse auslösen.

Am Sonntag, 17.4., veranstaltet der Volkssport Neukölln-Britz im Volkspark Neukölln einen Spiel- und Werbeabend. Hier werden die beiden Neuköllner Mannschaften auf den freien Hockeyklub Spandau treffen. Die Spandauer eine Hölke und technisch gute Spielerschaft, werden dem aussichtsreichen Berliner Titelwärtler eine

Was bringt der Sonntag den Arbeitersportlern?

Die Bundes-Vorturnerprüfung kommt in allen Bezirken des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zur Durchführung.

Die erste Vorentscheidung um die Bundesfußballmeisterschaft wird in Cottbus ausgetragen zwischen dem Ostdeutschen Landesverbandsmeister Cottbus 93 und dem Mitteldeutschen Meister VfK. Südwest Leipzig.

Um die Entscheidung um die Süddeutsche Landesverbandsfußballmeisterschaft spielen in Nürnberg der nordbayrische Meister Nürnberg Ost und der württembergische Meister Neckargartach.

Das Schlußspiel um die Handballmeisterschaft von Hessen-Mittelrhein findet statt zwischen Frankfurt Hockenheim und Oberrodern.

Im Endkampf um die pommerische Handballmeisterschaft stehen sich gegeneüber die Bezirksmeister Neustettin und Barth.

Zur letzten Vorentscheidung um die rheinisch-westfälische Handballmeisterschaft treffen sich die Bezirksmeister Borussia Köln und Schwarz-Gelb Düsseldorf.

In Sachsen letzte Handballvorentscheidungen zwischen den Bezirksmeistern Dresden Coschütz-Freital Niederhäßlich, Chemnitz Nord-Eiche Süd Plauen.

Im zweiten Vorrundenspiel der nordbayrischen Handballmeisterschaft begegnen sich der ATV, Regensburg und Nürnberg-West.

Am Auftakt um die württembergische Handballmeisterschaft sind alle Bewerber beteiligt. Es spielen Schwenningen-Holzheim, Untertürkheim-Neilingen und Frankenbach-Burgstall.

Den Beginn der schlesischen Handball-Meisterschaftsspiele machen die Bezirksmeister Fr. Tschft. Breslau - Fr. Schwimmer Waldenburg und Görlitz-Grünberg.

Auch um die mitteldeutsche Handballkreismeisterschaft geht es am Sonntag los. Es spielen im Kreis Provinz Sachsen-Anhalt-Braunschweig die Bezirksmeister: Fichte Halle-Holzweißig, Magde-

oberrührige Partie feiern und für ein interessantes Programm sorgen. Beginn des Hauptspiels 15.30 Uhr, das der zweiten Mannschaften um 11.40 Uhr. Ferner spielen noch die Neuköllner Sportlerinnen gegen Tennis-Rot. In der Schönholzer Allee wird der Arbeitersportverein Rot-Weiß II vom ASV Schöneberg 07 besucht. Und dürfte es auch hier interessanten Spiel geben. Beginn 14.15 Uhr.

Weitere Hockey-Spiele: Tennis-Rot II gegen IV um 11 Uhr Laskerstraße. Tennis-Rot III gegen Athletiksportklub II um 9 Uhr Laskerstraße. Sportlerinnen ASV, Pankow gegen Tennis-Rot II um 10.30 Uhr Kissinger-Str.

Straßenläufe der Leichtathleten

Die gegenwärtige Frühjahrszeit sieht im Arbeitersport wieder einige Straßen-Staffelläufe in Vorbereitung. Straßenläufe waren von jeher eine vorzügliche Werbung. Es besteht daher die Möglichkeit, große Läuferchancen gleichzeitig auf die Beine zu bringen.

Zunächst steigt am Sonntag, 17. April, die Stafette der Mittelstreckläufer Deutsch-Wacker-Hausen-Eichwalde. Dieser 12 km lange Lauf wird von 10 Läufern je Mannschaft in beliebiger Aufstellung bestritten. In diesem Jahre erfolgt der Lauf seine 12. Wiederholung.

Am 8. Mai finden wiederum im ganzen Gebiet des Arbeiter-Turn- und Sportbundes an allen größeren Orten Werbe-Straßenläufe statt. Für Berlin ist zu diesem Termin ein Großaufgebot aller Sportler vorgesehen.

Ferner bringt der Sonnabend, 28. Mai, im Wirkungsbereich der Freien Sportvereinigungen Pankow eine Straßenstaffette.

Wasserball

In dieser Woche finden wieder zwei Spiele der A-Klasse statt. Im Lunabad kommen am Sonnabend Neptun und Lichtenberg und am Sonntag Freiheit und Neukölln zusammen. Während Neptun sein Spiel gewinnen sollte, ist der Ausgang des Sonntagsspiels als noch ungewiß zu betrachten. Beginn der Spiele 21 Uhr.

Vogtland mitten in der Serie

Die Punktspiele im 8. Bezirk sind in der Mitte der 1. Serienrunde angelangt. Es hat sich gezeigt, daß sämtliche Spiele einen äußerst scharfen Kampfspektakel einnehmen. Am besten kann man dies an der Tabelle beim Torverhältnis erkennen. Nur die Spitzenführer in jeder Gruppe weichen von dieser Erreichung ab, denn Elfeldfeld sowie Eintracht haben es bis jetzt fertig gebracht, ihr Tor rein zu halten. Der kommende Sonntag hat nun wieder eine Zahl harter Kämpfe, bei denen man nicht ein einziges Spiel hervorheben könnte. Für den Bezirksmeister Spiel 23 gilt das Spiel in Plauen gegen Wacker alles. Wir glauben aber sagen zu können, daß die 23er Mannschaft ihr volles Können einsetzen wird, um nicht zu streichen.

Tabellenstand der 1. Gruppe vom 3. 4.

| 1. Klasse | Spiele | Punkte | Tore |
|-------------|--------|--------|------|
| Elfeld | 2 | 4,0 | 8:1 |
| Rempsgrün | 3 | 4,2 | 13:8 |
| Auerbach | 3 | 4,2 | 9:6 |
| Treuen | 2 | 2,2 | 9:9 |
| Rodewisch | 1 | 1,1 | 2:2 |
| Rebsgrün | 3 | 2,4 | 7:12 |
| Falkenstein | 2 | 1,3 | 2:7 |
| Dorfstadt | 2 | 0,4 | 1:6 |

Tabellenstand der 2. Gruppe vom 10. 4.

| 1. Klasse | Spiele | Punkte | Tore |
|-------------|--------|--------|-------|
| Eintracht | 4 | 8,0 | 10:1 |
| Raschau | 4 | 5,3 | 12:4 |
| Wacker | 4 | 4,3 | 9:7 |
| Lauterbach | 3 | 4,2 | 15:10 |
| Snelz | 3 | 4,7 | 6:4 |
| Elsterberg | 4 | 4,4 | 11:10 |
| Kürbitz | 4 | 0,8 | 5:17 |
| Kleinriesen | 4 | 0,8 | 5:23 |

Am Sonntag spielen: Elfeld-Treuen (15.00). Elfeld hat am vergangenen Sonntag bestens überzeugt und dürfte auch im kommenden Spiel die Punkte an sich bringen (17). - Rodewisch-Auerbach (15.00). Mit etwas reichlichem Pech hat Auerbach seine letzten Serienspiele durchgeführt, wo es nicht so recht überzeugen konnte (17). - Rempsgrün-Dorfstadt (15.00). In diesem Spiel muß sich der Gastgeber bewußt sein, daß er es nicht zu leicht nehmen darf. (12). - Rebsgrün-Falkenstein (15.00). Rebsgrün wird, wenn Falkenstein kein geschlossenes Ganzes aufbringt,

über die Falkensteinler siegen (67). - Wacker-Spiel 23 (15.00). Wacker, die in der jetzigen Serie eine gute Rolle spielen, werden sich gegen 23 einen hartn. zähen Widerstand leisten. (16). - Lauterbach-Eintracht (15.00). Auch Lauterbach wird es nicht leicht bringen, Eintracht die Punkte zu nehmen. (4). - Raschau-Klosterberg (15.00). Elsterberg besitzt jetzt eine stabile Ell. die die besten Hoffnungen hat und für einen Sieg die beste Gewähr bietet. (5). - Kleinriesen-Kürbitz (15.00). Kürbitz verfügt über eine gute Hintermannschaft, bei der Kleinriesen mit ihren Anstürmen haltmachen muß. (11)

7. Klasse: Elfeld-Treuen (13.00). (32). - Rodewisch gegen Schöneck (13.30). (53). - Auerbach-Brandbr (13.30). (30). - Rebsgrün-Rempsgrün (13.30). (27). - Spiel 22 III - Rosenbrunn (10.30) (9). - Adler-Kürbitz (10.30) (21). - Raschau-Spiel 23 (13.30). (9). - Wacker gegen Elsterberg (13.30). (16). - Eintracht-Hasebrunn (15.00). (23). - Kleinriesen-Ruppertsgrün (11.30). (4). - Klosterberg III-Eiche 5. Abt. (15.00). (17)

Organisationsnachrichten

SAP

Treffpunkte, Sonntag, zur Werbearbeit:

Ortsgruppe Neukölln: Abt. 4-3 bei Baker, Fuldau-Lake, Weststraße - Abt. 4-5, 9 Uhr bei Schenck, Rosenstraße 21. - Abt. 6-10, Nogatke bei Nogat-Ecke Hudestraße.

Ortsgruppe Steglitz: bei Kate Schmitt, Lindenstr. 32.

Ortsgruppe Wedding: 9 Uhr bei Loukom, Soldiner Straße 12.

Ortsgruppe Mitte: 9 Uhr bei Mudrack, Zionskirchstraße 43, 9 Uhr.

Bezirksverband Berlin: Die Beschlüsse (Protokoll) 2. April zu 17. Punkt von den Berliner Funktionären ab heute im Bezirkssekretariat abgeholt werden. Alle Kassierer führen an den Bezirk die Beträge ab, die bereits auf Sammelbüchern eingezogen sind.

Ortsgruppe Mitte: Freitag, 15. April, 8 Uhr, alle erwachsenen Genossen zu Gucksch, Grenadierstr. 15, 6. J. - Samstag, 16. April, 10 Uhr, alle erwachsenen Genossen zu „Rosenhalm“, Rosenhalmstraße 11-12. - Sonnabend, 16. April, 15 Uhr, alle erwachsenen Genossen zu Wacker, Rungstr. 17.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Freitag, 15. April, 10 Uhr, Kassiererzusammenkunft bei Krummarm, Meinerstraße 64. Betragesabrechnungen und Kartothekumstellung für die Gruppe.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau: Freitag, 15. April, 8 Uhr, Flugblattverteilung; Treffpunkt Haupt-Lake Eisenacher Straße, 17 Uhr Treffpunkt bei Grell, Meiseburger Straße 7.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskurs Paul Frolich, Freitag, 15. April, 20 Uhr, bei Morz, Neue Bahnhofsstraße 28.

Alle Ortsgruppen müssen sofort für Sonntag ihre Treffpunkte anzeigen.

SJV

Heute, Freitag, 15. April 1932, 19.30 Uhr:

Charlottenburg „Karl Liebknecht“; Tagespolitik.

Frankfurter Allee I: Wir treten beim Gen. Bernhard Heim.

Gesundbrunnen: Neurechtlicher Abend.

Hansa: Machen Männer Geschichte.

Köpenick: Tagespolitik.

Mitte „Rote Planiere“; Heimabend.

Neukölln I u. II: Erziehungsarbeit im SA (Anna Hartoch).

Neukölln III: Was bedeutet der Krieg in China für Rußland?

Pankow: Tagespolitik.

Schönhauser Viertel „Paul Levi“; Heiterer Abend mit Schallplatten.

Steglitz „Georg Ledebour“; Tagespolitik.

Wedding: Heimabend.

Westensee: Tagespolitik.

Wilmersdorf: Referat des Gen. Hugo Libanus „Sowjet-Rußland“.

Mitteilungen der BL

Achtung! Die Gruppen des Aktionsbezirks Osten beteiligen sich, soweit sie keine Heimabende haben, an der öffentlichen Versammlung der Partei im „Bürgerpark“, Ostendstraße (Oberschöneweide). - Die Gruppen des Bezirks Mitte beteiligen sich, soweit sie keine Heimabende haben, an der öffentlichen Versammlung der Partei im „Rosenhalm“, Rosenhalmstr. 11-12.

Achtung! Alle Gruppen müssen umgehend die Berichtsbogen für das erste Quartal abliefern. - Die Gruppen müssen schnellstens die „Roten Planiere“ im Sekretariat abreichen. Der „Junprolet“ muß auch umgehend abgerechnet werden.

Aktionsbezirke Nord und Nord-Ost: Aktionsfahrt am Sonntag nach Bernau. Alle Gruppen müssen Sonntag früh 7 Uhr auf dem Bahnhof Gesundbrunnen sein. Palmen sind mitzubringen.

Erwerbslosenrat Berlin: In der Woche vom 18. bis 23. April sind wir jeden Tag um 19 Uhr im Sekretariat und leisten Wahlarbeit. Alle erwerbslosen Genossen und Genossinnen mit Fahrrädern treffen sich pünktlich um 11 Uhr im Sekretariat. Sorgt für zahlreiche Beteiligung.

Kampfgemeinschaft für bewußte Geburtenregelung: Freitag, 15. April, 20 Uhr, öffentliche Versammlung, im Lokal Wernicke, Schöneberg, Bismarckstr. 34. Lichtbildervortrag: „Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft“. Wie schützen wir uns vor ungewollter Schwangerschaft? Eintritt 20 Pfg.; Erwerbslose 10 Pfennig.

Bund Entschlossener Schullehrer: Dienstag, 19. April, 19.30 Uhr, Augustaschule, Berlin, Elsholzerstr. 34-37. Dr. med. Martin Gumpert spricht über „Das häßliche Kind wird schön!“ Jedermann eingeladen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für den literarischen Teil: Johannes Hoffmann. Verlag: Suhrkamp-Verlagsgesellschaft mbH, Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

Staats-Theater
Oper u. d. Linden
Freitag, 15. April
8 Uhr:
Andromache

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Freitag, 15. April
8 Uhr:
Ostern

Schillertheater
Gendarmenmarkt
Freitag, 15. April
8 Uhr:
Egmont

Werbi für die SAZ

Volkstheater
Theater a. Bülowpl.
01. Nollken 2041
Freitag, 15. April
5.00 Uhr:
Kamrad Kasper

Rose-Theater
Jüdischer Friedhofstr. 132
Freitag, 15. April
8.15 Uhr:
Die Frau die jeder sucht

Circus BUSCH
täglich 8 1/2 Uhr
Ring-Kampfs
L. Varietè-Programme
Preis: 0,30 b. 3.-

KINO FÜR JEDEMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz B7 Karf. 2334.
Das große Erfolgsgewinnverbot!
Die lustige Tonfilmoperette:
Viktoria und ihr Husar
mit Ivan Petrovich, Friedel Schuster, Michael Bohnen, Ernst Verebes
Ufa-Tonwochenschau
Das erstklassige Belprogramm
tägl. ab 9 Uhr vorm.
sonntags ab 3 Uhr nachm. bis 10. nachts
Hohe. Tag- u. Nachtkino Herlins

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Ein Auto und kein Geld
dazu:
Der unbekannte Gast
mit Szöke Szakall
Das tönende Belprogramm

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Nur 4 Tage.
Lilian Harvey in der Tonfilmoperette:
2 Herzen und ein Schlag
m. Wolf Albach-Retty u. O. Wallburg
dazu:
Die ausgez. Internat. Bühnenschau
Einlaß 1/2, 5 Uhr
Erwerbslose 50 Pf.
Sonntag 2.80 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

M * I * L * A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
2 Groß-Tonfilme
Anny Ondra
In der entzückenden Tonfilmposse
Eine Nacht im Paradies
mit Ralph A. Roberts, Oskar Sabo

Ein Auto und kein Geld
mit Dina Gralla
Stark reduzierte Eintrittspreise

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Willi Forst in
Peter Voss, der Millionendieb
dazu:
Dina Gralla, Paul Heidemann in:
Die Wasserpartei von Nieslau
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabzug, Wochentags bis
6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Anni Ondra, Ralph A. Roberts, Hermann Thiemig in
Eine Nacht im Paradies
Lustspiel mit Grete Natzer, Oskar Sabo
dazu:
Pat und Patachon
in dem tönenden Lustspiel
Knall und Fall
Jugendliche haben Zutritt
Neueste Tonwochenschau

HAUS WATTELAND
RUMFÜRST 7400
Feinvergnügen
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Theater des Weddings
Müller, Ecke Sellenstraße
Zwei Herzen und ein Schlag
dazu:
Pat und Patachon
in
Knall und Fall
Die neueste tönende Wochenschau

Kampfsignal
heute
neu!
Stärkt den
Pressfonds

Notverordnungs-Politik in Preußen

Von Dr. Käthe Frankenthal

(Fortsetzung und Schluß.)

Besonders schwerwiegende Sparmaßnahmen sind bei der Schule getroffen. Der Unterrichtsbedarf ist gesenkt und die Klassenfrequenz heraufgesetzt worden. Dadurch werden 7000 Lehrstellen frei, 3000 schätzungsweise durch Abgang, 4000 werden eingespart durch Abbau von Junglehrern. Für zahlreiche Junglehrer erscheint die Situation völlig ausweglos, da sie keinerlei Aussicht auf Anstellung haben. Aber auch aus pädagogischen Gründen ist die Ausschaltung der Junglehrer und die starke Klassenbesetzung, bei der ein individuelles Eingehen auf die Kinder nicht möglich ist, außerordentlich bedauerlich. Auch die Hygiene in den Schulen, die Bekämpfung der Verbreitung ansteckender Krankheiten, wird durch die Sparmaßnahmen ungünstig beeinflusst.

Die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden werden durch Notverordnungen gesenkt, und zwar im Durchschnitt um 12 Prozent. Die niedrigste Grenze soll der Richtsatz vom 1. August 1926 sein. Da aber im Jahre 1926 durchweg keine Erhöhungen vorgenommen wurden, geht die Senkung praktisch bis auf das Jahr 1925 zurück.

Das notwendige Existenzminimum, das gewährleistet bleiben soll, ist bereits effektiv unterschritten.

Die Durchführung dieser Verordnung wird nochmals ausdrücklich den Gemeindevorständen übertragen, die Stadtverordneten haben nicht mitzureden.

Die zweite Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 ist nun vollends eine Gesetzgebung für die Zukunft. Für augenblickliche Notstände enthält sie keine Maßnahmen, wohl aber tief einschneidende, organisatorische Änderungen, die auf dem Notverordnungswege unter Ausschaltung des Landtages durchgeführt werden sollen. So ist gesagt, die Zahl der Fachschulen ist einzuschränken, 9 Gewerbeaufsichtämter sind aufzuheben, 60 Amtsgerichte sind aufzuheben, die Zahl der Kreise ist zu vermindern usw. Überall ist hinzugefügt: Das Nähere bestimmt der zuständige Minister resp. das Staatsministerium.

Diese Notverordnung ist ein Schulbeispiel dafür, daß man vollkommen vergessen hat, welche Bestimmungen die Verfassung für die ordentliche Gesetzgebung enthält und was der Artikel 55 bezweckt.

Selbstverständlich hat auch der ständige Ausschuß des Landtages bei dieser Verordnung nicht mitgewirkt.

An besonderen Bestimmungen ist noch hervorzuheben die Aufhebung der Hochschulen für Leibesübungen in Spandau und die Schließung von 9 pädagogischen Akademien, ferner die Bestimmung, daß die Zentralverwaltung im Jahre 1932 zu vereinheitlichen ist. Diese Frage hat schon häufig die Öffentlichkeit beschäftigt, es ist mit Recht darauf hingewiesen, daß Stadtärzte und Kreisärzte häufig nebeneinander oder auch durcheinander arbeiten. In der Notverordnung ist aber ausdrücklich gesagt, daß die Regelung durch die Minister für Volkswohlfahrt, des Innern und der Justiz erfolgen soll. Die Öffentlichkeit hat ein starkes Interesse daran, daß in dieser Frage, die für die Erhaltung der öffentlichen und sozialen Hygiene von großer Bedeutung ist, nicht die Ministerialbürokratie am grünen Tisch Verordnungen produziert unter Ausschaltung der Volksvertretung.

Für die Fürsorgeerziehung bekamen bisher die Provinzen zwei Drittel der Kosten vom Staate ersetzt. Nach der Notverordnung ist ein fester Zuschuß von 15 Millionen Mark festgesetzt. Im Jahre 1931 betrug der gezahlte Zuschuß noch 25,8 Millionen, also eine Kürzung von mehr als 10 Millionen! Scheinbar hat man vergessen, daß gerade im letzten Jahre, die Empörung über Skandalaffären in Fürsorgeerziehungsanstalten ungeheuer war. Es mußte erst ein Zögling in Scheuen, das der Aufsicht der Stadt Berlin untersteht, totgeschlagen werden, bis man zugab, daß Mißstände vorhanden sind. Die Erzieher müßten für diese schwer erziehbaren jungen Menschen pädagogisch besonders gut vorgebildet sein. Sie sind aber zum großen Teil überhaupt nicht pädagogisch, sondern nur handwerklich ausgebildet. Außerdem fehlt es an Lehrmitteln und allen sonstigen Einrichtungen, um junge Menschen zu interessieren und heranzubilden. Statt der dringend geforderten Reform der Fürsorgeerziehung — kürzt man die Mittel um 10 Millionen.

In der Verfassung ist ausdrücklich vorgesehen, daß Kredite nur auf dem Wege der Gesetzgebung beschafft werden dürfen. Die Sparverordnung ermächtigt den Finanzminister, 575 Millionen Kredite zu beschaffen. Diese Bestimmung steht in direktem Widerspruch mit der Verfassung.

Durch die Senkung der Hauszinssteuer, die durch die Notverordnung des Reiches am 1. April 1932 erfolgt, verringert

sich in der vom Mieter zu zahlenden Miete der Anteil der Hauszinssteuer, ohne daß die Gesamtmietsumme gesenkt wird. Für hilfsbedürftige Personen wurde bisher die Hauszinssteuer gestundet oder niedergeschlagen. Der niedergeschlagene Teil der Miete würde sich also für 1932 vermindern.

das heißt, daß der ärmste Teil der Bevölkerung jetzt eine höhere Miete zu zahlen hat.

Beispiel: In einer Wohnungsmiete von 30 Mark waren bisher enthalten 12 Mark Hauszinssteuer und 18 Mark für den Hauswirt. Nach 20 Prozent Kürzung der Hauszinssteuer beträgt diese noch 9,60 Mark und 20,40 Mark für den Hauswirt. Der Minderbeträge, dem die Hauszinssteuer erlassen ist, hat an Miete also 2,40 Mark an den Hauswirt mehr zu zahlen.

Es wäre selbstverständlich, daß die preußische Regierung rechtzeitig Sicherungen dafür trifft, daß die hilfsbedürftige Bevölkerung vor dieser Sonderbelastung geschützt wird, und

das Parlament hat ein Recht darauf, sich dabei einzuschalten. In der Notverordnung heißt es aber, ob und in welcher Weise hilfsbedürftige Personen, denen bisher die Hauszinssteuer gestundet oder niedergeschlagen wurde, unter Mitwirkung der Fürsorgeverbände zu unterstützen sind, bleibt der Bestimmung des Finanzministers, des Ministers für Volkswohlfahrt und des Innern überlassen.

Nach dieser Fassung war vorzuzusehen, daß eine Regelung nicht erfolgen werde. Tatsächlich ist am 1. April die Verordnung des Reiches in Kraft getreten, ohne daß Preußen Vorsorge getroffen hat, um die ärmsten Schichten der Mieter zu schützen. Die Hausbesitzer buchen einen Gewinn, die Hilfsbedürftigen haben eine Mieterhöhung zu tragen.

Die SPD hat die Regierungsmethoden Brünings nicht nur toleriert, sie hat sie in Preußen getreulich kopiert.

Die Massen werden am 24. April zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, diesen Kurs der SPD zu tolerieren!

Es ist eine Polizeidee

entstanden in einem Polizeihirn, zu glauben, man könne mit der Waffe der Polizei eine reaktionäre Bewegung niederhalten und niederwerfen und zugleich eine Politik machen, die dieser Bewegung den Weg bereitet. Man kann nicht nach rechts Politik machen und zugleich nach rechts schlagen. Es ist ein Irrsinn, anzunehmen, man könne die Diktatur Hindenburg-Brünings-Groener mit allen Mitteln unterstützen, jeden Widerstand gegen diese Diktatur des Trustkapitals ersticken, die Arbeiterbewegung fesseln und lähmen, damit praktisch die faschistische Diktatur fördern — und dies alles zu dem Zwecke, eben dieser faschistischen Diktatur einige Maschinengewehre und Panzerwagen entgegenzustellen.

Die Polizeimittel des kapitalistischen Staates müssen letzten Endes gegen den Faschismus versagen. Es gibt nur eine Kraft, die ihn besiegen kann: die Arbeiterklasse.

Aus der soeben erschienenen Schrift:

Prolet, greif zu!

24 Seiten.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Literaturbureaus oder direkt von der Freien Verlagsgesellschaft Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

Heilmannpolitik

Die „Vorwärts“-Leser dürfen nicht wissen, daß es noch eine Arbeiterbewegung gibt, die für Arbeiterinteressen kämpft und die dem bürgerlichen Staat in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht. Ueber den Parteitag der SAP berichtete Rundfunk und bürgerliche Presse sachlich. Die „Rote Fahne“ sorgte für Humor, indem sie in uns einen neuen Flügel des Faschismus entdeckt. Sie konnte das ruhig tun, eingedenk eines Wortes von Engels: Man kann eine Kleiderbürste unter die Gattung „Säugetier“ einreihen, man kann aber dadurch nicht bewirken, daß sie Milchdrüsen bekommt!

Der „Vorwärts“ schweigt. Die SPD kennt zu gut die starke Resonanz, die die Opposition schon vor der Spaltung bei den SPD-Arbeitern hatte — heute, wo wir, ungebunden von Parteidisziplin, noch freier und deutlicher reden können, erscheint es gefährlich, die Vorwärtsleser über neue Diskussionen zu informieren.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint aber Ernst Heilmanns Wochenblättchen „Das freie Wort“. Selten verirrt sich eine Nummer davon in die Hände eines Arbeiters — es ist die geistige Nahrung für linientreue Funktionäre, die dazu verurteilt sind, als Referenten die Politik des Parteivorstandes zu verteidigen. Vor diesem Forum kann Ernst Heilmann gegen die SAP toben. Nicht etwa, daß er zu unserer Arbeit kritisch Stellung nimmt. Heilmann hat längst den Rat befolgt, die alten Manuskripte zu verbrennen, und in dem modernen Wörterbuch der SPD steht „Klassenkampf = radikale Phrase“. Damit ist die sachliche Stellungnahme für ihn erledigt. Dafür sind wir aber einmal „Möpsen, die den Mond anbellten“. Abnehmender Mond, Ernst Heilmann, rapide abnehmend — der schwache Schein leckt keinen Mops mehr vom Ofen.

Ein andermal versichert er, daß die SPD auf uns pfeift. Wir hoffen in brüderlicher Solidarität, daß sie nicht aus dem letzten Loch pfeift.

Je näher aber die Preußenwahl kommt, um so schwächer wird es Freund Heilmann. Während er uns im Februar noch einen Artikel widmete mit der Überschrift „Die Halbvergessenen“, und vorsorglich feststellte, daß wir schon vor der ersten Wahl tote Leute sind, stellt er neuerdings fest, daß wir uns bei der Präsidentenwahl in Zwickau als negative Größe ausgewirkt haben. Mit Recht überschreibt er diesen Geistesblitz „Preisrätsel um Zwickau“. Im Kreise Chemnitz-Zwickau hat Thälmann am 13. 3. 32 236 000 Stim-

men bekommen, gegen 204 959 am 14. 9. 30, also über 15 Prozent Zuwachs!

Immerhin folgert Heilmann, daß „das ganze bürgerliche SAP ein sinnloses Uebel ist“ und schlägt vor, die ganze klägliche Dummheit noch vor der Preußenwahl zu liquidieren. So schnell schießen aber die Preußen nicht. Die SAP hat noch eine Aufgabe, der sie sich in diesem Wahlkampf mit aller Hingabe widmen wird. Sie wird den Arbeitern klar machen, daß die Heilmann-Politik „ein sinnloses Uebel“ ist, das von der Arbeiterschaft schleunigst liquidiert werden muß!

Unsere Kandidaten für Preußen

Nachstehend die Kandidaten der in unserer ersten Veröffentlichung noch nicht aufgeführten Wahlkreise:

Wahlkreis Düsseldorf-Ost

1. Karl Zöllig, Schlosser, Ratingen; 2. Sofie Kersting, Hausfrau, Düsseldorf; 3. Franz Voutta, Schreiner, Essen-Werden; 4. Johannes Kraemer, Schulrat, Solingen; 5. Bernhard Schmitz, Zimmermann, Wesel; 6. Arthur Dick, Scheenhärter, Solingen; 7. Heinrich Schroth, Maurer, Solingen; 8. Willi Paul Meyer, Zigarrenhändler, Solingen.

Wahlkreis Düsseldorf-West

1. Karl Zöllig, Schlosser, Ratingen; 2. Bernhard Schmitz, Zimmermann, Wesel; 3. Karl Krüger, Gemeindeführer, Duisburg-Hamborn; 4. Josef Wahl, Hausfrau, Duisburg-Hamborn; 5. Otto Hensel, Bergmann, Oberhausen-Sterkrade; 6. Franz Böhm, Kokereiarbeiter, Duisburg-Hamborn; 7. Johann Smits, Former, Isselburg.

Wahlkreis Köln-Aachen

1. Klaus Zweiling, Redakteur, Berlin; 2. Klaus Amann, Gemeindeführer, Köln; 3. Josef Gieren, Bergmann, Eschweiler; 4. Henriette Ackermann, Buchhalterin, Köln; 5. Josef Scheuren, Eisenbahnschaffner, Vochem bei Brühl; 6. Johannes Gersteck, Metallarbeiter, Menden bei Troisdorf; 7. Andreas Fuchs, Bergarbeiter, Aalsdorf; 8. Karl Schäfer, Chemiarbeiter, Knapsack; 9. Dr. Fritz Herkenrath, Volksschullehrer, Köln; 10. Wilhelm Probst, Vertreter, Stolberg (Rhld.); 11. Oskar Maier, Metallarbeiter, Troisdorf bei Köln; 12. August Stiglmair, Straßenbahner, Köln; 13. Friedr.

Wahlkreis Merseburg

1. Max Seydewitz; 2. Kurt Rosenfeld; 3. Rudolf Agricola, Handelslehrer, Zeitz; 4. Rosi Wolfstein, Berlin; 5. Paul Rößler, Kino-

Die Frauen und die preussische Landtagswahl

Von Gertrud Düby.

Die Lasten der Wirtschaftskrise drücken mit besonderer Wucht auf die proletarische Frau. Als Arbeiterin im Betrieb, als Angestellte im Büro traf sie der Lohnabbau besonders empfindlich.

Sie muß wohnen, sie muß sich kleiden, muß essen wie der Mann und doch bekommt sie weit geringeren Lohn und niedrigere Unterstützung. Die Sorgen um die Erhaltung der Familie liegen hauptsächlich auf ihr und zwingen die Gedanken in den zermürbenden, immer gleichbleibenden Kreislauf: was werden wir essen, womit sollen die Kinder gekleidet werden. Kein Wunder, daß viele Frauen dem politischen Leben fern stehen denn je. Die Not hat ihren Elan gebrochen, das Elend zwingt sie zur doppelten Arbeitsleistung. Sie aufzurütteln, herauszureißen aus dem engen Kreis wirtschaftlicher Not ist ein besonders dringender und wichtiger Teil der Mobilisierung des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus. Es gilt, gerade auch den Frauen klarzumachen, daß der Sieg des Faschismus ihre Leiden weiter steigern und ihre Lage verschlimmern würde.

Die preussische Landtagswahl hat heute in Deutschland mehr zu bedeuten, als ein rein parlamentarisches Messen der Kräfte. Der Wahlkampf muß von uns geführt werden als ein Teil der Mobilisierung der Klasse gegen die Kapitalkräfte. Auch die Regierung Brüning verkörpert diese Diktatur und die preussische Regierung Severing-Braun ist ja nur das ausführende Organ der Notverordnungs- und Politik, dort, wo sie zu den Notverordnungen etwas hinzugefügt hat, war es eine weitere Verschärfung und Verschlechterung für die Arbeiter oder wie die Aufhebung der Selbstverwaltung der Gemeinden, die Durchführung von Maßnahmen zur schnelleren und gründlicheren Beseitigung der Demokratie.

Mächtig hat sich im Preußen der Braun und Severing die Kirche etabliert, schnell schreitet die Kulturreaktion vorwärts, bestrebt man eine Entpolitisierung der Jugend, die nur die revolutionären Parteien des Proletariats trifft. In dieser Zeit der Verelendung der Arbeiterklasse hat das Junkertum mit Hilfe Brauns und Severings die fettesten Brocken an sich gerissen. Wenn heute große Teile der Bevölkerung sich von der nationalsozialistischen Demagogie einfangen lassen, dann trägt einen erheblichen Teil der Schuld daran die sozialdemokratische Politik der Tolerierung Brünings und die Politik der Preußenregierung. Deshalb kann dieser Preußenwahlkampf nicht geführt werden für die Stützung der Regierung Braun-Severing, sondern für ihren Sturz. Er muß geführt werden mit dem Willen, die proletarischen Klassenkräfte zu mobilisieren gegen den Faschismus, gegen jede andere Form der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und sei es auch die Form einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionregierung. Und die proletarischen Frauen sind ein wichtiger Teil dieser Kampffront, die von unserer Partei als dringendste Aufgabe vor dem deutschen Proletariat gestellt wird.

vorführer, Kelbra; 6. Max Wille, Former, Schkeuditz.

Wahlkreis Potsdam I

1. Max Seydewitz, Redakteur, Berlin; 2. Richard Meschkat, Lehrer, Premnitz; 3. Franz Enders sen., Schlosser, Brandenburg; 4. Georg Sperling, Lehrer, Reinickendorf; 5. Gustav Wiprecht, Galvaniseur, Rathenow; 6. Fritz Thieme, Sattler, Niederschöneweide; 7. Hans Günther, Schlosser, Finow; 8. Dr. Karl Mielcke, Lehrer, Potsdam; 9. Minna Taube, Arbeiterin, Premnitz; 10. Rudolf Wöhner, Faktor, Borgsdorf; 11. Friedrich Lüdemann, Dreher, Brandenburg; 12. Frieda Hoffmann, Arbeiterin, Brandenburg.

Wahlkreis Niederschlesien

1. Max Seydewitz, Redakteur, Berlin; 2. Paul Golick, Porzellandreher, Bunzlau, Alt-Jüschwitzer Str. 10; 3. Willi Hilmer, Arbeiter, Sprottau, Bahnhofstr. 18; 4. Willi Schneider, Schlosser, Görlitz, Ober-Steinweg 21; 5. Albert Frohmeyer, Webmeister Grünberg i. Schl., Denkmalsweg 27.

Wahlkreis Südhannover

1. Max Seydewitz, Redakteur, Berlin; 2. Richard Brenning, Justizangestellter, Peine; 3. Heinrich Meyfeld, Schlosser, Hannover; 4. Berta Heldt, Hausangestellte, Hannover; 5. A. Aschersleben, Hüttenarbeiter, Clausthal/Zillerfeld.

Blutige Streikunruhen

In Cadix, im Staate Ohio, kam es am Donnerstag zu schweren Streikunruhen. Eine Anzahl Streikende überfielen einen Trupp Arbeitswilliger, die sich auf dem Wege zur Somersgrube der Goodyear-Tireco-Gesellschaft befanden. Nationalgardisten und Polizei trieben die Streikenden mit Tränengasbomben zurück.

Schlußbericht vom ADGB-Kongreß

Der preußische SPD-Ministerpräsident begann mit einer weitsehenden Schilderung der wirtschaftlichen Misere. Dabei verteidigte er die Millionen-Subventionen, die von der preußischen Regierung dem Privatkapital zugesandt wurden. Das wäre „nur im Interesse der Arbeiter geschehen“ (!!). Er setzte sich dann für die Beschaffung internationaler Kredite ein, wobei er zum Reparationsproblem erklärte: „Für mich ist das Reparationsproblem gelöst dadurch, daß Deutschland absolut nicht zahlen kann.“

Nach den bekannten reformistischen Refersaten über „Stärkung der Kaufkraft für den inneren Markt“ schloß er mit der Ankündigung: „Sobald die innenpolitischen Entscheidungen getroffen und die außenpolitische Regelung vorgenommen ist, werden wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen müssen. Nach meiner Überzeugung ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit — da gehe ich noch weit über Ihre 40-Stunden-Woche hinaus!“

In der Diskussion

fielen einige kräftige Worte verbunden mit widerlicher Bettelei an Stegerwald von Bernhard, dem Vorsitzenden des Bauwerksbundes. Er sagte nach dem „Vorwärts“-Bericht u. a.:

„Statt aber die Arbeiter vor dem Lohnabbau zu schützen, regt der Minister die Unternehmer zu Tarifbrüchen geradezu an. (Lebhafte Zustimmung.)“

Jahrzehntelang bestehende Tarife haben Sie, Herr Minister, kaputtgemacht. Mit dem Lohnabbau werden Sie die Wirtschaft nicht in Gang bringen. Die Bauarbeiterlöhne stehen heute bereits auf dem Niveau von 1926, also reden Sie nicht von 1927. Herr Minister, versuchen Sie doch endlich wieder einmal den Gewerkschafter in Ihnen zu finden!

Schluß mit dem Lohnabbau! Die Grenze des Erträglichen ist überschritten. Gebrauchen Sie Ihre Macht, aber treiben Sie damit keinen Mißbrauch!

Will man etwa Bauarbeiten an den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ vergeben? (Heiterkeit!) Das ist gar nicht so unmöglich, denn schon wird der freie Arbeitsmarkt durch den freiwilligen Arbeitsdienst bedroht. Wir protestieren auf das nachdrücklichste gegen ein derartiges Vorgehen, das nur die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Bringen Sie, Herr Minister, die deutsche Bauwirtschaft wieder in Gang! Reißten Sie hunderttausende Bauarbeiter wieder aus dem Elend und tun Sie damit eine staatspolitische Tat, indem Sie diesen Menschen den Glauben an den Staat wiedergeben. (!!)

Metz, DMV, redete vom internationalen Charakter der Krise und wußte nichts Geschickteres, als die europäische Wirtschaftseinheit zu fordern. Schmidt, Bergarbeiter-Verband, forderte von der Regierung die Verstaatlichung des Bergbaues. Lengersdorf vom Gesamtverband und Schöffel, Eisenbahner, forderten die 40-Stundenwoche und zwecks Arbeitsbeschaffung Aufträge von der öffentlichen Hand bzw. der Eisenbahnverwaltung.

Tarnow brachte zur Abwechslung wieder einmal eine neue Formulierung für seine reformistischen Pläne. Er will Aenderung des bestehenden Systems durch Einfügung der Wirtschaft in die „Gesellschaft“ (!) Das soll die öffentliche Hand machen, denn „ohne Eingreifen der öffentlichen Hand kommen wir nicht weiter.“ — Thimig, Fabrikarbeiter, wandte sich gegen Schielles Agrarpolitik — Spliedt verlangte Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung — Quallow-Ostpreußen forderte „Ausrottung der landesverräterischen Bestrebungen.“

Eggert erklärte im Schlußwort: „Minister Stegerwald hat zugesagt, was möglich ist.“ Parole ist: Wir müssen heraus aus dem Elend. Wie das gemacht werden soll sagt Eggert auch, und zeigt damit die ganze klägliche Hilflosigkeit der ADGB-Führung, indem er schloß:

Durch die Annahme der Entschliebung beauftragen Sie uns, bei der Regierung vorstellig zu werden mit unseren Forderungen, aber zugleich auch für den Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine höhere Ordnung zu arbeiten. Angesichts des Sinkens unserer Ausfuhr muß es die Aufgabe der Lohn- und Gehaltspolitik sein, den inneren Markt zu stärken.

Ganz im Sinne dieses Kongresses schloß der Vorsitzende Schumann die Tagung mit einem — natürlich begeistert aufgenommenen — **Auf die deutsche Republik und den Freistaat Preußen.**

Die Entschliebung des Kongresses

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrupfungsprozess der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabe öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen, in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltungen und Straßenbau, Landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflöhnen erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch auftretbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfallten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gestohlenen Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unter-

lage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden. Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen (!) auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerläßliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen.

Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren.

Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

**Stärkt unsere Presse!
Kauft Gutscheine!**

Neue Schwindeleien Kreugers

Fälschung italienischer Staatspapiere?

Stockholm, 14. April 1932.

Während die Angaben, daß Kreuger doppelte Serien von eigenen Aktien herausgegeben habe, sich bisher nicht bestätigt haben, verriet sich das Gerücht, daß sich im Portefeuille des Kreuger-Konzerns gefälschte italienische Staatsobligationen im Nennwert von 300 Millionen Kronen befinden. „Svenska Dagbladet“ erinnert daran, daß vor einiger Zeit Gerüchte auftauchten, Kreuger verhandele mit Italien über ein Zündholz-Monopol. Die Zeitung deutet an, daß diese Gerüchte mit Absicht ausgestreut wurden, um die Bilanz glaubhafter zu machen. Eine Beilehung der damals geheimnisvoll ausgegebenen italienischen Obligationen — als Grund für die Geheimniskrämerie wurde angegeben, daß die Transaktionen aus politischen Gründen nicht veröffentlicht werden dürfe — hat nicht stattgefunden, da ja sonst die Fälschung entdeckt worden wäre. Es ist jedoch möglich, daß ein Teil der Obligationen im Austausch mit anderen Papieren in das Portefeuille der Tochtergesellschaft gekommen ist. Man nimmt an, daß International Match Co. diese falschen italienischen Obligationen

im Austausch gegen einen Posten deutscher Staatsobligationen erhalten hat, die Kreuger später belieh.

Vor kurzem hatte eine Mitteilung in der Generalversammlung der Großbank Skandinaviska A.-B. über eine Banksicherheit in Höhe von 50 Millionen Dollar Aufsehen erregt. Obwohl auch jetzt noch keine Angaben hierüber vorliegen, dürfte folgende Darstellung richtig sein:

Es handelt sich um einen Posten 6prozentiger Deutscher Staatsobligationen im Nennwert von 50 Millionen Dollar, die zunächst bei der International Match Co., dem großen amerikanischen Tochterunternehmen des Zündholz-Trusts deponiert und dort beliehen wurden. Im Sommer vorigen Jahres veranlaßte Ivar Kreuger jedoch, daß die Obligationen nach Europa überführt wurden, wo sie bei der Skandinaviska Kredit A.-B. zum zweitenmal — und zwar mit 40 bis 45 Prozent — beliehen wurden, da man von der ersten Transaktion nichts wußte. Die Skandinaviska Kredit erklärt, daß sie im guten Glauben gehandelt habe und daher Verfügungsberechtigt sei. Ein Prozeß ist von der International Match angeblich bisher noch nicht eingeleitet worden.

Erstmalig weniger Arbeitslose in Sachsen

In der zweiten Märzhälfte ist nunmehr der Umschwung der Arbeitsuchendenziffer zum saisonmäßigen Abstieg eingetreten, also wesentlich später als in den Vorjahren. Auch war der Rückgang der Arbeitsuchendenziffer erst gering, nämlich nur von 725 396 am 15. März auf 722 961 am 31. März, also nur um 2435 oder 0,3 v. H. In zwölf Arbeitsamtsbezirken ist sogar die Arbeitslosigkeit während der Berichtszeit noch gestiegen, insbesondere in den industriellen und unter ihnen wieder vorwiegend in den Textilbezirken. Aus der Bewegung der Arbeitsuchenden nach Berufsgruppen geht hervor, daß während der Berichtszeit in erster Linie die Außenberufe eine Entlastung des Arbeitsmarktes bewirkt haben, und zwar das Baugewerbe mit rund 1500 Abgängen, die Lohnarbeit wechselnder Art mit rund 1300 Abgängen, die Landwirtschaft mit rund 1200, das Verkehrsgewerbe mit rund 600 und die Industrie der Steine und Erden mit rund 500 Abgängen. Dagegen leiden gerade die Hauptindustrien Sachsens noch außerordentlich stark unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen im Inlande und unter den Absperrmaßnahmen der Absatzländer. Bei der Textilindustrie kommt die abflauende Frühjahrs-saisonbelebung hinzu, so daß der erhebliche Zugang um über 2500 Arbeitsuchende während der Berichtszeit festzustellen ist. In der Metallindustrie wurde der Arbeitsmarkt mit rund 600 Zugängen an Arbeitsuchenden belastet. Im Nahrungsgewerbe und Genußmittelgewerbe bewirkte die Saisonbelebung eine leichte Steigerung der Arbeitsuchendenziffer, während im Bekleidungs-gewerbe noch ein leichter Rückgang der Arbeitsuchendenzahl verzeichnet werden konnte.

In der Bewegung der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist eine stärkere Abnahme als bei den Arbeitsuchenden eingetreten, und zwar von 176 564 auf 167 372, also um 9192 oder 5,2 v. H. Diese Erscheinung findet ihre Ursache darin, daß die Neuzugänge an Arbeitsuchenden, die in der Berichtszeit immerhin recht erheblich waren, durch die Wartezeitbestimmungen sich naturgemäß noch nicht in der Kurve der Hauptunterstützungsempfänger auswirken konnten. In der Krisenunterstützung vollzog sich eine Zunahme von 184 324 auf 186 089, also um 1765 oder 1,0 v. H. Auch die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen ist im ganzen weiterhin gestiegen, und zwar von 241 710 am 29. Februar auf 253 579 Ende März 1932. In den stark mit Landwirtschaft durchsetzten Arbeitsamtsbezirken Dippoldiswalde und Meiden ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in diesem Berichtszeitraum bereits gesunken, ebenso im Bezirk Sebnitz, wo die Kunstblumenindustrie aufnahmefähig war.

Darf man Stellung bei der Konkurrenz annehmen?

Wenn eine Firma einen Angestellten engagiert, der bei ihr eine leitende Stellung einnehmen soll, wird sie meist darauf achten, daß sich in dem Anstellungsvertrag eine sogenannte Konkurrenzklausel befindet, die es dem Angestellten zum mindesten untersagt, ohne Einwilligung seines Arbeitgebers eine Stellung bei der Konkurrenzfirma anzunehmen. Auch im vorliegenden Fall, der vom Reichsarbeitsgericht entschieden wurde, befand sich im Anstellungsvertrag eine Bestimmung, die besagte, daß der Angestellte sich verpflichtete, innerhalb zweier Jahre nach Beendigung dieses Vertrages in keiner Betriebsabteilung anderer Unternehmungen im deutschen Reich, die sich mit der Herstellung oder dem Verkauf von chemisch-technischen Porzellan befassen, ohne schriftliche Zustimmung des gegenwärtigen Arbeitgebers anzunehmen. Auch mußte sich der Angestellte verpflichten, sich ohne Einwilligung der Firma nicht in der vereinbarten Karenzzeit selbstständig zu machen.

Nun kündigte die Firma das Dienstverhältnis zum 31. Dezember 1930. Darauf war der Angestellte der Ansicht, daß sein Vertrag durch die Bestimmungen ein Wettbewerbsverbot enthielten. Er forderte deshalb von der Firma eine Wettbewerbsentschädigung in halber Höhe seines zuletzt bezogenen Gehalts. Die Firma dagegen wandte ein, der Kläger sei an sie ja bisher nicht mit dem Ersuchen herangetreten, die Zustimmung zur Annahme einer Konkurrenzstellung zu erteilen. Deshalb könne von einer Beschränkung seines Fortkommens nicht die Rede sein.

Das Reichsarbeitsgericht hat die Revision der Firma, die vom Landesarbeitsgericht verurteilt worden war, zurückgewiesen. In den Urteilsgründen heißt es, daß durch den Anstellungsvertrag eine Beschränkung in der Verwendung der Arbeitskraft für den Kläger unzweifelhaft enthalten sei. Muß er doch in den nächsten zwei Jahren die Zustimmung seiner früheren Arbeitgeber einholen, wenn er eine Stellung bei der Konkurrenz annehmen will.

Rußlands zunehmende Oelausfuhr

Wie aus Baku gemeldet wird, ist in den letzten zehn Tagen die Ausfuhr von Rohöl aus allen Häfen des kaspischen Gebiets so gestiegen, daß der vorgesehene Plan um 32,1 vH übertroffen werden konnte. Es wurden in diesen zehn Tagen insgesamt 422 640 t ausgeführt.

Ferner wird gemeldet, daß die neue Oelleitung Armawir-Trudowaja in einer Länge von etwa 500 km fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde. Die Endstation liegt in der Ukraine und der Zweck der Oelleitung ist, die Eisenbahnen zu entlasten und den Transport zu verbilligen.

Sorge
Auch Du dafür, daß Dein Arbeitskollege das Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands die



bestellt

Fordere noch heute Bestellscheine durch die Expedition:
Berlin O 27, Magazinstraße 15—16